

Geschichte der Stadt Hildesheim bis 1945

Andrea Germer

1. Das Zeichen der Rose

Am 22. März 1945 zerstörte der Luftangriff eines alliierten Bomberkommandos das „Nürnberg des Nordens“. In Schutt und Asche lagen die berühmten Fachwerkbauten des alten Hildesheim, die äußeren Zeichen einer mehr als 1000jährigen Geschichte.

Ihren Beginn schildert die in Variationen überlieferte Legende: Karl der Große hatte in Elze ein Missionsbistum gegründet. Von dort aus unternahm eines Tages sein Sohn Kaiser Ludwig der Fromme einen Jagdausflug und wurde bei der Verfolgung eines weißen Hirschs von seinen Männern getrennt. In seiner Not nahm er ein Bild der Gottesmutter aus der Tasche, hing es in einen wilden Rosenstrauch und betete, worüber er erschöpft einschlief. Als er erwachte, stand alles in voller Blüte, doch rund um den blühenden Rosenbusch lag Schnee und in ihm war das Heiligtum festgefroren. Ludwig erkannte darin ein Zeichen Gottes und gelobte, hier eine Kapelle bauen zu lassen. An ihrem Ort steht heute der Dom, an dessen Apsis sich der „1000jährige Rosenstock“ emporrankt.

Es war tatsächlich Ludwig, der - wahrscheinlich im Jahr 815 - das Bistum Hildesheim durch Verlegung aus Elze gründete. Er führte damit die Politik Karls des Großen fort, der Sachsen in das Frankenreich eingegliedert hatte und dort Missionsbistümer errichten ließ. Diese dienten sowohl der Kirche wie der Verwaltung als auch der Sicherung fränkischer Macht. Dementsprechend wurden dicht besiedelte Gebiete bevorzugt und so schien Hildesheim besser geeignet als Elze. Das Gebiet war bereits in der Steinzeit bewohnt und Ausgrabungen im Dombereich zeigen Spuren einer Kapelle aus dem letzten Drittel des 8. Jahrhunderts. Zudem gab es schon zuvor

sächsische Siedlungen, in denen reger Handel betrieben wurde. So geht der Name Hildesheim aus dem Altsächsischen hervor und verbindet den Personennamen „Hildin“ mit dem Stammwort „-heim“. Ganz in der Nähe kreuzten sich zwei wichtige Verkehrsadern: Die Nord-Süd-Straße und die wichtigere, seit der Bronzezeit bestehende Ost-West-Verbindung, die vom Niederrhein ins Baltikum führte und bei Hildesheim die Innerste überquerte. Ihr Verlauf entspricht der heutigen B 1, die als „Hellweg“ einer der wichtigsten Handelswege des mittelalterlichen Reiches war. An ihr entstand die Domburg.

2. Im Dienst des Reiches

Die nach 1079 geschriebene Gründungsgeschichte des Bistums nennt Gunthar als ersten Bischof Hildesheims, doch eine sichere Datierung gelingt erst bei Bischof Ebo, der 845 in das noch unbedeutende Hildesheim kam. Den ersten Dom ließ Bischof Altfried ab 852 errichten. Der Sachse aus dem Geschlecht der Liudolfinger begründete zudem die diplomatisch-politische Tradition der Hildesheimer Bischöfe. Als Reichsfürsten waren sie entsprechend dem Reichskirchensystem der Ottonen und Salier fest in die Verwaltung des Reiches eingebunden. Diese Aufgabe begründete den besonderen Rang, den Hildesheim im Mittelalter besaß. Aus der Dombruderschaft gingen zahlreiche Bischöfe hervor, und die Domschule genoss im ganzen Reich einen erstklassigen Ruf.

Als bedeutendster Hildesheimer Bischof gilt zu Recht Bernward (993 bis 1022), aus sächsischem Adel und selbst in der Domschule erzogen. Von Otto II. als Verwaltungsmann an den Hof geholt, bestimmte ihn nach dessen frühem Tod die Kaiserwitwe Theophanu zum Erzieher für Otto III., dem er darüber hin-

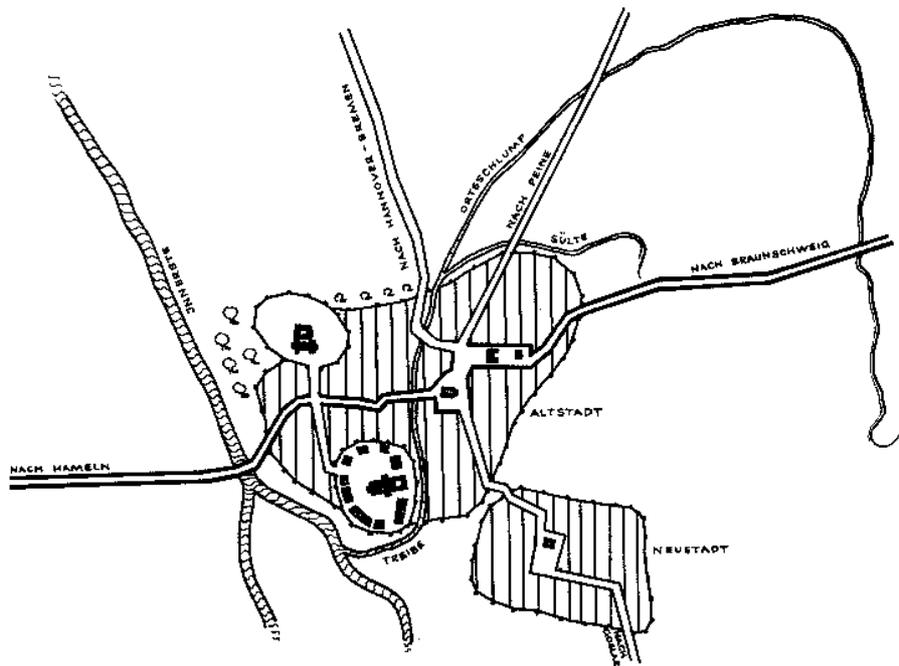


Abb. 1: Die Stadtentwicklung Hildesheims im Mittelalter. Deutlich zu erkennen sind die Siedlungskerne der Altstadt, die ursprüngliche Marktsiedlung und die erweiterte Altstadt mit dem neuen Rathaus. Im Südosten schließt sich die bis 1583 selbständige Neustadt an.

aus zeitlebens als Diplomat diente. Der weitgereiste Bernward brachte Anregungen für Kunst und Wissenschaft mit nach Hildesheim, das in der Folge eine kulturelle Blütezeit erfuhr. Zum Schutz seines Bistums ließ er Burgen bauen und um 1000 die Domburg mit einer Steinmauer und Türmen umgeben. Seine wichtigste Leistung auf diesem Gebiet ist aber der spätestens 1010 begonnene Bau der nördlich des Domes gelegenen Michaeliskirche als Mittelpunkt eines Benediktinerklosters. Sie ist die Grabstätte des 1192 heilig gesprochenen Bernward.

3. Vom Kaufmannswyk zur Stadt

Die schützende Domburg war religiöser, kultureller, politischer und wirtschaftlicher Anziehungspunkt und so ließen sich dort Menschen in unmittelbarer Nähe nieder. Doch bald verlagerte sich der Siedlungsschwerpunkt an die Ost-West-Straße, zwischen Dom und Micha-

eliskirche. Der hier entstehende Kaufmannswyk, eine Markt- und Handwerkersiedlung, später „Alter Markt“ genannt, wurde zur Keimzelle der Stadtentwicklung. Die Siedlung dehnte sich nach Osten aus, wo auf einer Anhöhe bereits Anfang des 11. Jahrhunderts die Marktkirche St. Andreas entstand. Hier lag nun der neue Mittelpunkt Hildesheims, genau am Kreuzungspunkt der beiden Fernstraßen. Herr dieser Siedlung war der Bischof, der Markt-, Münz- und Zollrecht in der Hand hielt. Einen Entwicklungsschub erhielt die Siedlung durch Bernwards umtriebigen Nachfolger Godehard (1022 - 1038). Er weihte in seiner Diözese 30 Kirchen und begründete unter anderem das Mauritiusstift im Westen der Stadt. In seiner Zeit entstand St. Andreas als Mittelpunkt des neuen Siedlungszentrums. So kann es nicht verwundern, dass die Hildesheimer den 1131 heilig gesprochenen Godehard zu ihrem Stadtpatron wählten und auf dem Stadtsiegel abbildeten.



Die große Brandkatastrophe, die den Dombezirk unter Bischof Azelin 1046 ereilte, konnte die Entwicklung der Stadt nicht behindern. Azelins Nachfolger Hezilo errichtete auf den Grundmauern des alten Doms einen neuen, der 1061 geweiht wurde. Fanden sich im 11. Jahrhundert neben den Mauern der Domburg als Befestigung nur Hagenanlagen¹ um die Siedlungskerne, so präsentierte sich Hildesheim 1167 als fast vollständig ummauerter Ort. Erstmals wird es in einer Urkunde von 1146 als Stadt (*civitas*) bezeichnet, ihre Einwohner als Bürger (*burgenses, cives*). Den Zeichen der Zeit entsprechend taucht damit auch in Hildesheim das Bürgertum als eigener Stand auf, dessen Angehörige sich in einer durch gegenseitigen Eid verbundenen Gemeinschaft (*Schwureinung, coniuratio*) zusammenfanden. In den folgenden Jahrhunderten emanzipierte sie sich politisch und wirtschaftlich schrittweise von ihrem Stadtherrn, dem Bischof, und zog durch Ausweitung ihrer Privilegien dessen Rechte nach und nach an sich.

Gleichwohl ist über die städtische Verfassung der Frühzeit wenig bekannt. Die Herrschaft des Bischofs übte in der Stadt ein von ihm eingesetzter Vogt aus, dem Anfang des 13. Jahrhunderts die Gesamtheit der Stadtgemeinde gegenüberstand. Es gab wohl noch kein gewähltes Gremium, das sie vertrat, aber bereits das Gemeindehaus, später Rathaus, am Andreaskirchhof, das wohl seit Ende des 12. Jahrhunderts bestand, und es gab das 1217 erstmals nachgewiesene städtische Siegel. Es macht deutlich, dass die Stadt eigenständig handelndes Rechtssubjekt war, auch wenn die Umschrift nur auf Bischof Godehard verweist. Das neue Siegel, benutzt seit etwa 1298, trägt dann die Umschrift „*Sigillum Burgensium de Hildensem*“.

Abb. 2: Mit dem Stadtrechtsprivileg von 1249 erkannte der Bischof die Stadt als eigenen Rechtsbezirk mit bürgerlicher Selbstverwaltung an (Quelle: Stadtarchiv Hildesheim, Best. 1 Nr. 790).

Abb. 3: Das Stadtsiegel von 1298 demonstriert bürgerliches Selbstbewußtsein: Die Darstellung des Stadtpatrons Bischof Godehard ist umgeben von der Umschrift „Sigillum Burgensium de Hildensem“ - Siegel der Bürger Hildesheims (Quelle: Stadtarchiv Hildesheim, Best. 854 Nr. 1 A).



In einer Urkunde von 1236 ist von „consules“ die Rede; Hildesheim hatte also spätestens zu diesem Zeitpunkt Ratsherren, die die Stadt gegenüber dem bischöflichen Landesherrn erfolgreich vertraten. Mitte des 13. Jhs. nutzten die Bürger bei einer Doppelwahl des Bischofs ihre Chance: Das Domkapitel war uneins und so waren am Ende sowohl Heinrich, Propst von Heiligenstadt, und Hermann, Propst des Cyriacusstifts zu Braunschweig, gewählt worden. Die Hildesheimer Bürger standen zu Heinrich, und als dieser sich schließlich durchsetzte, erhielten sie für ihre Hilfe den Lohn: Der Bischof überließ ihnen das Wachrecht an den Toren der Domburg, die bis dahin wie eine Festung in der Stadt gewesen war und von seinen Dienstmännern bewacht wurde. Um 1249 verließ er Hildesheim das Stadtrechtsprivileg. Mit dessen 54 Artikeln waren die bürgerlichen Selbstverwaltungsgremien vom Landesherrn sanktioniert, die Stadt als eigener Rechtsbezirk anerkannt. Dies macht nicht zuletzt Artikel 52 der Urkunde deutlich, der den berühmten Grundsatz „Stadtluft macht frei“ enthält.

Auch wenn Bischof Siegfried II. 1281 das bestehende Recht ausdrücklich anerkannte, kann von friedlichen Beziehungen zwischen Stadt und Bischof keine Rede sein. 1294 führten die Gegensätzlichkeiten dazu, dass Bürger und Ratsherren in den Dombereich eindrangen, was die Exkommunikation der

Herren sowie das Interdikt² über die Stadt zur Folge hatte. In dem daraufhin geschlossenen Vergleich musste der Rat die kirchlichen Immunitätsbereiche³ innerhalb der Stadt anerkennen. Im Jahre 1300 schließlich gab sich der Rat, ohne den Bischof zu beteiligen, eine Stadtverfassung. Sie schrieb unter anderem die für alle Bürger seit 1292 gültige Schoßpflicht fest, eine alljährlich zu zahlende Vermögenssteuer. Jedes Jahr im Februar deklarierten die Bürger unter Eid ihr Vermögen und wurden dementsprechend zur Steuer veranlagt. Dabei mussten sie schwören, dem Rat beizustehen, so dass dieser Eid gleichzeitig einem Bürgereid gleichkam. Der Rat selbst, ursprünglich zwei Gremien umfassend, bestand nun aus drei: dem Vorrat, dem Sitzenden und dem Nachrat, mit je zwölf Männern, die einander jährlich abwechselten. Wie die Verfassung von 1249 war auch die von 1300 eine selbstständige Entwicklung Hildesheims und gehörte keiner Stadtrechtsfamilie an. Beide waren aber ihrerseits Vorbild für andere Städte, etwa Bockenem.

Die Abgrenzung der Bürger vom Bischof zeigte sich auch in der Unterstützung einer eigenen Schule bei der Stadtkirche St. Andreas in Konkurrenz zur Domschule. 1225 erstmals erwähnt, gelang es dem Andreamum schnell sich von kirchlicher Bevormundung zu lösen. Schon 1347 wird es als „der Stadt Schule“ bezeichnet.

4. Unter Bürgern

Die positive wirtschaftliche Entwicklung ließ den „Kleinen Markt“ an der Andreaskirche bald zu eng werden. Das Bevölkerungswachstum – um 1270 hatte Hildesheim nach grober Schätzung 5000 Einwohner - hatte für eine weitere Ausdehnung der Stadt nach Osten gesorgt. Hier entstand um die Mitte des 13. Jahrhunderts der neue (bis heute bestehende) Markt, an dem sich nach 1268 auch das Rathaus befand. Die mindestens seit dem 14. Jahrhundert bestehende Aufteilung der Bürgergemeinde in sechs „Bäuerschaften“ diente zum einen der Steuererhebung, zum anderen der raschen Reaktion im Verteidigungsfall oder bei Bränden. Auch die Organisation des gemeinsamen Arbeitseinsatzes der Bürger („Meynewerk“) zur Erhaltung und, im Kriegsfall, zur Verteidigung jeweils eines Abschnitts der Befestigungsanlagen erfolgte über die Bäuerschaften.

Mit der Verfassung von 1300 hatte sich die Stadt weitgehend von ihrem Landesherrn emanzipiert. Für die weitere Entwicklung waren die Auseinandersetzungen der Bürgergruppen untereinander bedeutender als der Streit mit dem Bischof. Als wirtschaftlich und politisch führende Schicht hatten sich die Kaufleute etabliert, deren Familienoberhäupter in dem sich selbst ergänzenden Rat saßen. Mit wachsender wirtschaftlicher Kraft verlangte jedoch auch die Handwerkerschaft ihren Anteil am Stadtr Regiment. Seit dem 13. Jahrhundert schlossen sich Handwerker entsprechend ihrer Berufszugehörigkeit in Zünften zusammen, die ein wichtiges Organisations- und Machtinstrument in der Stadt waren. Doch ihre Gründung war von der Genehmigung des Stadtherrn abhängig. Die älteste Hildesheimer Zunft war die der Schuhmacher, deren Privilegien 1236 vom Bischof bestätigt wurden. Es folgten die „Ämter“ der Knochenhauer, Bäcker

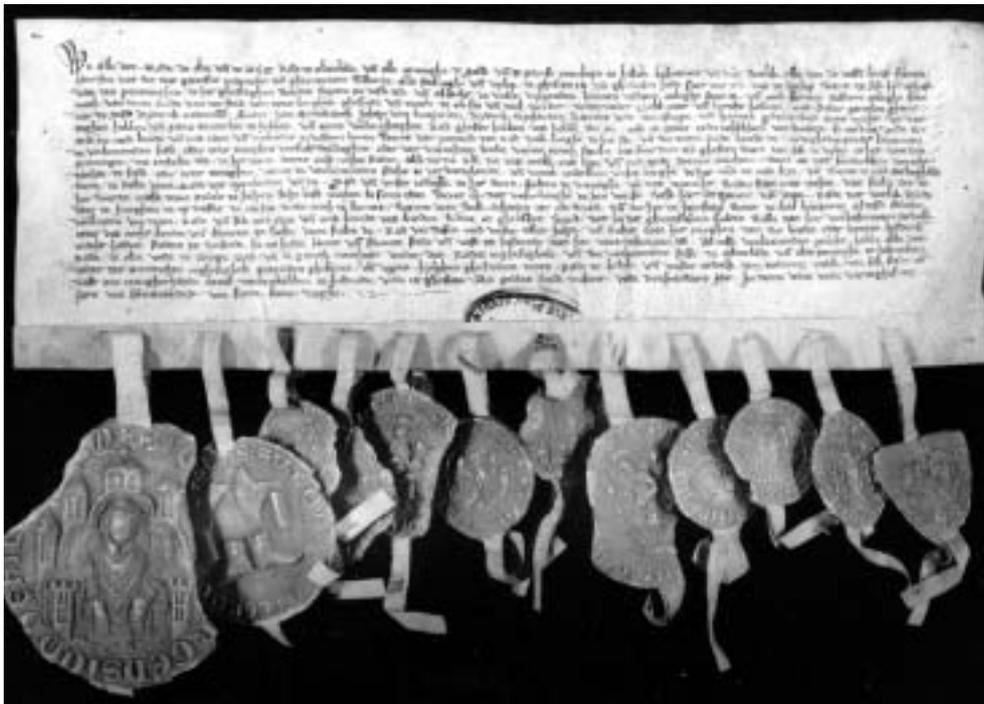


Abb. 4: Der Rezess von 1345 reformierte die Stadtverfassung: Neben Kaufleuten saßen nun auch Handwerksmeister im Rat. An der Urkunde hängen die Siegel der Ämter und Gilden (Quelle: Stadtarchiv Hildesheim, Best. 1 Nr. 481 B).

und Leineweber. Ab 1310 erhielten alle Vereinigungen ihre Zunftbriefe von der Stadt und wurden nun „Innungen“ genannt.

Obgleich bereits die Kommission zur Formulierung des neuen Stadtrechts 1300 paritätisch mit Patriziern und Handwerkern besetzt war, und obgleich die Aufnahme von Handwerkern in den Rat grundsätzlich möglich war, erlangten die Handwerker eine reale Mitgliedschaft im Rat erst mit der Neuordnung der städtischen Verfassung von 1345. Um die Schulden der Stadt begleichen zu können, hatte der Rat 1342 eine allgemeine Sondersteuer, den zehnten Pfennig, erhoben. Da ohnehin Unzufriedenheit herrschte über die Exklusivität der Ratsgeschlechter sowie über politische Fehlschläge und Münzverschlechterungen, setzten die Bürger 1343 mit Hilfe einer von den Bäuerschaften der „Meinheit“⁴ gewählten Sechserkommission den Rat förmlich ab, jagten seine Mitglieder aus der Stadt und setzten einen neuen Rat ein. Zwei Rezesse⁵ regelten 1345 die Verfassung neu: Das Sechsergremium blieb Vertreter der Meinheit; den drei Ratsgremien gehörten jetzt nur noch zwölf Mitglieder der alten Patriziergarde an, weitere zwölf wurden von den wichtigsten neun Zünften gestellt und zwölf von der Meinheit. Damit hatten die Patrizier ihr Ratsmonopol verloren. Neu geschaffen wurde das Amt des Bürgermeisters.

Das wachsende Missverhältnis zwischen dem Wohlstand breiter Bevölkerungsschichten und der kleinen Elite an der Stadtspitze führte jedoch ein knappes Jahrhundert später in eine Zeit ständiger Verfassungsexperimente. 25 Jahre lang wurden Gremien gebildet und wieder aufgelöst, bis die Verfassungsreform von 1460 für neue Stabilität sorgte. Sie errichtete ein kompliziertes System eines gegenseitigen Prüfverfahrens, der „Lutterung“,⁶ das die Unabhängigkeit der Ratsmitglieder garantieren sollte. Zwölf „Olderleute“ aus der Meinheit, den Ämtern und Innungen mussten jährlich die „Vierundzwanziger“ luttern, die wiederum den nach wie vor dreigeteilten Rat lutterten und wählten.

Der Rat wurde also nicht direkt von den Bürgern gewählt, wobei ohnehin nur sie das aktive und passive Wahlrecht besaßen. Menschen, die nur Wohnrecht in der Stadt hatten, aber nicht das Bürgerrecht, die sogenannten „medewoner“⁷, denen in der Regel das Geld fehlte um sich einzukaufen, hatten überhaupt keinen Einfluss auf die Zusammensetzung der Gremien. Dazu gehörten auch der Klerus und die Juden.

5. Die jüdische Gemeinde des Mittelalters

Juden gab es in Hildesheim mindestens seit Mitte des 14. Jahrhunderts; 1380 zählte man 19 jüdische Haushalte mit ca. 110 Angehörigen, doch schwankte ihre Zahl auf Grund starker Wanderung. Wie fast überall betrieben sie meist Geld- und Pfandleihe und wohnten daher überwiegend nah am Markt. Ihre Häuser waren vom Rat gemietet, da sie als medewoner keinen Haus- und Grundbesitz erwerben durften. In der „Judenstraße“, die seit 1411 mit Ketten, ab 1452 durch Mauer und Tor zum Markt hin abgeschlossen wurde, befand sich auch ihre Synagoge.

Das Judenregal, das Recht Schutzgeld und andere Abgaben von den Juden zu erheben, besaß der Bischof. Da er im Hinblick auf die ewige Geldnot der Fürsten keine Ausnahme machte, verpfändete er es 1428 an den Rat, es „zu seinem Nutzen zu verwenden“. Der erkannte hier eine neue Einnahmequelle und erhöhte die Abgaben so massiv, dass zwischen 1435 und 1440 viele Juden die Stadt verließen. Der Rat erließ erstmals Zuzugsbeschränkungen und schloss mit der verbliebenen Gemeinde einen befristeten Aufnahmevertrag. Bevor dieser 1457 auslief, verließen die meisten Juden die Stadt, die übrigen wurden vermutlich ausgewiesen. Dies war das Ende der mittelalterlichen jüdischen Gemeinde Hildesheims.

6. Konkurrenz in der Nachbarschaft

In unmittelbarer Nähe Hildesheims entstanden um 1200 zwei eigenständige Städte. 1196 gründete Propst Poppo vom

Mauritiusstift an der alten Ost-West-Straße die Dammstadt. Sie unterstand der Herrschaft des Stiftsvogts, der ihr 1232 umfangreiche Rechte verlieh. In den für diese Kaufmannssiedlung angeworbenen flandrischen Tuchwebern sahen die Hildesheimer bald Konkurrenten, zumal die Dammstädter gegebenenfalls in der Lage waren, den Handelsverkehr aus Richtung Westen am Zugang zur Stadt zu hindern. Die Siedlung fand jedoch schnell ein unrühmliches Ende. Erneut hatte es 1332 eine Doppelwahl des Bischofs gegeben. Der Papst ernannte Erich von Holstein Schauenburg, das Domkapitel wählte Herzog Heinrich von Braunschweig. Der Rat der Altstadt ergriff für Erich Partei, die Dammstädter für Heinrich. Auf Veranlassung Erichs überfielen dessen Truppen in der Weihnachtsnacht 1332 die Dammstadt, erschlugen ihre Bewohner und brannten die Häuser nieder. Es heißt, die Hildesheimer Bürgerschaft sei dabei gewesen, sicher ermitteln lässt sich das jedoch nicht mehr. Den Konkurrenten war man nun los, aber Erich unterlag wenig später seinem Gegner Heinrich, den die Hildesheimer nun schleunigst anerkannten. Entsprechend der „Damm-sühne“ von 1333 mussten sie dennoch an den Bischof 1000 Silbermark, das waren ca. 2,5 Zentner Silber, zahlen, was zur Erhebung des zehnten Pfennigs (s. o.) und damit zur Verfassung von 1345 führte. Allerdings sprach Heinrich III. im Gegenzug der Stadt die alte Ostmauer der Dammstadt zu, wodurch sich Hildesheims Befestigung nach Westen verschob, sowie die Gemarkung des vernichteten Konkurrenten. Zudem verpflichtete er sich, keine neue Burg im Umkreis von einer Meile um die Stadt zu bauen.

Das Schicksal der Dammstadt blieb der „Neustadt“ eine Warnung. 1215 vom Hildesheimer Dompropst an der alten Nord-Süd-Straße gegründet, unterlag sie dessen einengender Stadtherrschaft. 1226 erhielt sie von Bischof Heinrich VII. die Marktrechte, blieb aber auch wirtschaftlich stets im Schatten der Altstadt, die den Nachbarn durch Bußgelder und Verkaufsverbote zu maßregeln wusste.

7. Hildesheimer Bündnisse

Das wachsende Selbstbewusstsein der Bürger musste die Spannungen zum Landesherrn verstärken. 1310 verweigerten sie dem neuen Bischof Heinrich II. die Huldigung. Der beschloss daraufhin, die Stadt lieber von außerhalb zu kontrollieren und errichtete 1311 im Norden der Stadt die Wasserburg „Sturwolt“ oder „Steuerwald“, deren Name Programm war: „Steuere der Gewalt“, womit die Gewalt der Stadt gemeint war. Sein Nachfolger Heinrich III. ließ im Süden der Stadt zwischen 1346 und 1349 die durch Wassergräben geschützte „Marienburg“ errichten.

Die Selbständigkeit der Bürger gegenüber ihrem Landesherrn offenbarte sich in den Bündnissen, die Hildesheim aus wirtschaftlichen und politischen Gründen suchte. Immer wieder näherte sich die Stadt dabei den Welfen und ließ sich den Schutz auch etwas kosten, jährliche Geldzahlungen oder auch Abgaben in Naturalien wie 1481 in einem Vertrag mit Herzog Friedrich von Braunschweig vereinbart: 15 Fuder guten Hildesheimischen Bieres pro Jahr. Die Welfen ihrerseits waren bemüht, ihren Einfluss auf das Hochstift Hildesheim zu verstärken. Stadt und Stift waren eingekreist von Ländern der verschiedenen, zum Teil untereinander verfeindeten Linien des Hauses der Welfen, die alle nur zu gern das eigene Territorium mit dem Gebiet des Fürstbistums abgerundet hätten. Daher scheute sich die Stadt auch nicht, wenn es opportun erschien, mit dem Bischof gegen die Welfen zu agieren. Ein Spiel, das die Hildesheimer fast 300 Jahre lang betrieben. Der erste Vertrag mit einer auswärtigen Macht wurde schon 1256 mit dem Welfen Albrecht I. geschlossen. Die Bürger verpflichteten sich, Bischof Heinrich I. im Kampf um die Asseburg nicht zu unterstützen. Doch als der ständige Kleinkrieg zwischen dem Bischof und den Welfen 1367 einen ersten Höhepunkt in einer großen Feldschlacht zwischen Farmsen und Dinklar fand, standen die Hildesheimer auf Seiten des siegreichen Bischofs Gerhard vom Berge, den sie mit einem Kontingent bewaffneter Bürger unterstützten.

Sicherheit suchte Hildesheim aber auch in Städtebündnissen, wie sie seit Mitte des 13. Jahrhunderts als Schutz gegen die Landesfürsten und zur Sicherung der Handelswege im ganzen Reich entstanden. Um 1250 schloss der Rat ein erstes Abkommen mit Goslar, Braunschweig und Hannover zum Schutz des Landfriedens, dem ähnliche Verträge folgten, in denen auch wirtschaftliche Angelegenheiten geregelt wurden. Sie mündeten 1384 in die „Sächsische Städtekonkordie“, der außer den genannten Städten noch Lüneburg, Einbeck, Helmstedt, Göttingen, Halberstadt, Quedlinburg und Aschersleben angehörten. Hier wurde der gegenseitige Schutz auf militärische Hilfe bei ungerechtfertigter Fehdeansage gegen eine Stadt erweitert.

Da Hildesheims Handelsbeziehungen weit gespannt waren, schloss man auch mit entfernteren und ausländischen Städten Verträge. Sobald 1367 die große Städtehase entstanden war, trat ihr wohl auch Hildesheim bei, um an Schutz und Privilegien teilzuhaben. Zwar unterstützte die Stadt die größeren Aktionen der Hanse, zeigte sich aber im allgemeinen als zurückhaltendes Mitglied, das seinen Beitrag zur Gemeinschaft immer mehr auf das Notwendige reduzierte. Auf die großen Hansetage in Lübeck verzichtete man später wegen der Kosten häufig ganz, was 1450 fast zum befristeten Ausschluss der Stadt geführt hätte. Hildesheim blieb zwar Mitglied bis zum letzten Hansetag 1669, doch generell waren ihm die Verbindungen in der Nachbarschaft wichtiger. Die sächsische Städtekonkordie bildete in der Hanse eine eigene Unterorganisation, bei deren Beratungen vor den Hansetagen Hildesheim stets vertreten war. Zwar traf man Hildesheimer Kaufleute im gesamten Gebiet der Hanse an, zwar nahm Hildesheim am Fernhandel teil, exportierte Getreide, zum Teil auch handwerkliche Erzeugnisse und war Umschlagplatz für Fernhandelsware wie Tuche und Gewürze, aber es war keine klassische Fernhandelsstadt. Der Warenverkehr mit dem Umland spielte immer die größere Rolle, war doch das wichtigste Exportgut das Bier.

Wenige Hildesheimer fanden in dieser Zeit den Weg in die weite Welt. Einer von ihnen war Didrik Pining, der es in dänischen Diensten zum Admiral gebracht hatte und Statthalter des Königs auf Island war. Von dort aus startete er auf der Suche nach dem Seeweg nach Asien vermutlich 1473 eine Expedition in den Nordatlantik und gelangte bis Grönland. Dass er Amerika erreichte, lässt sich dagegen nicht beweisen.

8. Von der Großen Fehde zur Hildesheimer Stiftsfehde

Die permanente Geldnot des bischöflichen Landesherrn trieb unterdessen das Geschehen in Hildesheim voran. 1428 verpfändete Bischof Magnus sein wirtschaftlich wichtiges Münzrecht, das der Rat wohl vorübergehend schon 1298 im Pfandbesitz hatte, endgültig an die Stadt. Diese verpfändete es zur Hälfte an das Domkapitel weiter, dessen Anteil 1505 Bischof Johann IV. übernahm. Es war wiederum die Finanznot, die Bischof Barthold II. 1481 dazu veranlasste, eine Bierverbrauchssteuer (Bierzise) zu erheben, die von Wirten und Brauereien zu zahlen war. Da fast alle Bürger Braurechte besaßen, insgesamt 300 Haushalte in der Stadt, traf der Bischof auf erbitterten Widerstand, der 1482 den bewaffneten Konflikt zur Folge hatte. Soldaten griffen von Steuerwald aus die vom Bischof exkommunizierten Bürger an, die jedoch einen Waffenstillstand und einen Vergleich erzwangen, in dem die Steuer zurückgenommen wurde. Im folgenden Jahr wandte sich der Bischof erneut an die Stadt, die sich allerdings weigerte, auch nur zu verhandeln und stattdessen Verbündete suchte, die sie in Herzog Friedrich von Braunschweig und einer Reihe von Städten fand. Als sich die Welfenherzöge Wilhelm und Heinrich auf die Seite des Bischofs stellten, kam es 1484 zur „Großen Fehde“. In einem zermürbenden Kleinkrieg wurden viele Orte im Stift Hildesheim zerstört und die Felder verwüstet, bis 1486 in Steuerwald ein Vergleich verkündet wurde.

Um ihre Schulden zu begleichen, hatten die Bischöfe zum einen immer wieder

Rechte an die Stadt und zum anderen ganze Amtsbezirke an den Stiftsadel im Land verpfändet. Bischof Johann IV. ging ab 1503 daran, die vergebenen Besitzungen wiedereinzulösen. Da er dazu Geld brauchte, bewilligte das Domkapitel dem Bischof 1506 einen Landschatz, eine allgemeine Steuer, dem auch die Vertreter des Adels nicht widersprachen, dann jedoch nicht zahlten, da es ihnen keineswegs genehm sein konnte, wenn der Bischof mit dem Geld die verpfändeten Rechte wieder einlösen würde. Mit Herzog Heinrich dem Jüngeren von Braunschweig-Wolfenbüttel schloss der Stiftsadel 1516 und 1518 zwei Schutzbündnisse gegen seinen Landesherrn, dem man 1518 die Fehde ansagte. In einem erneuten Kleinkrieg wurden Dörfer, die Hildesheimer Neustadt und die Stadt Gronau niedergebrannt, das Umland verwüstet. Als Bischof Johann erkannte, dass seinen Gegnern der Rückzug ins Calenberger Land und ins Bistum Minden offen stand, wandte er sich seinerseits gegen Herzog Erich I. von Calenberg, Herzog Heinrich den Jüngeren von Braunschweig-Wolfenbüttel und Bischof Franz von Minden.

In diesem Konflikt standen die Hildesheimer neben dem Welfen Herzog Heinrich von Lüneburg auf der Seite ihres Landesherrn – gegen guten Lohn: der Bischof hatte ihnen 1519 das Bierprivileg gewährt, ein Verkaufsmonopol für das heimische Bier im gesamten Stift. Dafür erhielt er nun die Unterstützung der Bürger in mehreren offenen Feldschlachten. Die größte, für Hildesheim siegreiche, fand am 28. Juni 1519 auf der Soltauer Heide statt – einen Tag vor der Wahl Karls V. zum Kaiser. Dessen Gegenkandidat Franz I. von Frankreich wurde von Heinrich von Lüneburg unterstützt. Die Folge war, dass der neue Kaiser sich nun gegen den Welfen und den mit ihm verbündeten Hildesheimer Bischof wandte, zumal der Konflikt Dimensionen angenommen hatte, die auch die Reichsregierung nicht unberührt lassen konnten. Damit begann der Niedergang der bischöflichen Seite. Als Johann gegen einen kaiserlichen Spruch auf dem Reichstag zu Worms 1521 opponierte, wurde über ihn und seine Verbündeten

die Reichsacht verhängt, die von den Welfen vollstreckt werden sollte. So besetzten Heinrich der Jüngere und Erich von Calenberg den größten Teil des Stifts. Vierzehn Tage lang wurde Hildesheim belagert und war damit wohl zum ersten Mal in seiner Geschichte militärisch bedroht. Die Belagerer hatten jedoch keinen Erfolg. Erst 1523 gaben die Bürger auf und verließen die bischöfliche Seite. Der Quedlinburger Rezess vom 13. Mai 1523 schrieb die welfischen Erfolge fest. So endete die „Hildesheimer Stiftsfehde“ mit dem Verlust des „Großen Stifts“, das aus 22 Ämtern bestanden hatte. Im „Kleinen Stift“ waren es nur noch die Ämter Steuerwald, Marienburg und Peine sowie die Städte Peine und Hildesheim. Letzteres wurde dem besonderen Schutz des Herzogs Erich von Calenberg unterstellt. Auch die Dompropstei mit der Neustadt und zwölf Dörfern nördlich der Stadt verblieben beim Stift, das damit auf ein Viertel seiner früheren Ausdehnung zusammengeschrumpft war. Während Hildesheim nun keine eigenständige Macht mehr darstellte, waren die Welfen ihrem Ziel ein gutes Stück näher gekommen.

9. Reich und Reformation

In den Zeiten der Stiftsfehde war Hans Wildefuer als Riedemeister für die städtische Verteidigung zuständig. Seine geschickte Politik führte er ab 1526 als Bürgermeister fort. Wirtschaftlich gesehen war der Verlust des Hinterlandes das größte Problem, und Wildefuer war überzeugt davon, dass eine Verbesserung der Situation nur mit Hilfe des Kaisers zu erlangen war, dessen Politik er konsequent unterstützte. 1528 konnte er einen ersten Erfolg verbuchen: Karl V. verlieh der Stadt ein neues Wappen. Zur Begründung heißt es in der Verleihungsurkunde, die Stadt erhalte es wegen ihrer „redlichen, tapferen, ehrlichen, nützlichen und vortrefflichen Dienste“, die sie Kaiser und Reich in „stetem, willigem, getreuem Gehorsam und Untertänigkeit“ erwiesen habe. Das alte Wappen, ein in den fürstbischöflichen Farben rot und gold quadriertes Schild, wurde ergänzt durch den halben stei-

genden Adler in silbernem Feld darüber, heraldischen Schmuck und als Helmzier die Jungfrau aus einer Hildesheimer Sage. Den Traum von der Reichsstadt, den ganzen Adler im Wappen, konnte Hildesheim nicht verwirklichen, aber schon der halbe Adler zeigte die besondere Eigenständigkeit der Stadt. Wildefuer selbst wurde für seine kaisertreue Haltung 1530 die seinerzeit seltene Ehre zuteil, von Karl V. in den Adelsstand erhoben zu werden.

Unterstützung der Reichspolitik hieß in diesen Zeiten aber auch Festhalten am katholischen Glauben. Unter Wildefuers Leitung stellte sich deshalb der Rat der Lehre des Dr. Martin Luther auch dann noch entgegen, als die Nachbarstädte längst evangelisch geworden waren und auch die Hildesheimer Bürger deutliches Interesse zeigten. Kritik am Papsttum traf in der Bischofsstadt, wo man sich stets bemüht hatte die Rechte der Kirche einzuschränken, auf offene Ohren. Hinzu kamen soziale Kritik, ausgehend von Gesellen und Knechten, die Unzufriedenheit mit der Stadtführung und ihrer Steuerpolitik und wohl auch manche persönliche Auseinandersetzung. Doch der Rat verbot das Singen lutherischer Lieder, ließ Prediger ausweisen und 1532, nach einem Tumult vor dem Rathaus, sogar 72 Bürger, die der neuen Lehre angingen. Am 30. November 1530 rief er die Meinheit auf das Rathaus, was sonst nur in Fragen von Krieg und Frieden oder zur Verfassungsänderung üblich war. In einer Abstimmung darüber, wie mit den Lutheranhängern zu verfahren sei, sprach die Mehrheit dem Rat das Vertrauen aus und schwor, beim alten Glauben bleiben zu wollen. Doch kaum war Bürgermeister Wildefuer 1541 verstorben, hielt der Protestantismus Einzug. Treibende Kraft dieser Entwicklung waren die städtischen Bäuerschäften. Die Reformation kam also nicht von oben; sie war eine Gemeindereformation, die in den geordneten Bahnen der Stadtverfassung ablief. Am 27. August 1542 beschloss die erneut zusammengerufene Bürgergemeinde die Annahme der neuen Lehre, und wenige Tage später kamen evangelische Theologen in die Stadt, darunter für einige Tage auch der



Abb. 5: Das neue Wappen der Stadt von 1528 (Quelle: Stadtarchiv Hildesheim, Best. 951 Nr. 419).

Wittenberger Stadtprediger und Beichtvater Luthers, Johannes Bugenhagen. In der Andreaskirche, dem Zentrum der Reformation in Hildesheim, wurden erste evangelische Gottesdienste abgehalten; die katholischen Pfarrkirchen, mit Ausnahme des Doms, wurden geschlossen. Am 26. September des Jahres nahm die Bürgergemeinde die überwiegend von Bugenhagen nach ihren Wünschen ausgearbeitete neue Kirchenordnung als Zusatz zur Stadtverfassung an. Im selben Jahr trat die Stadt dem Schmalkaldischen Bund, der Schutzvereinigung der evangelischen Fürsten und Städte, bei.

Die Niederlage der Evangelischen im Schmalkaldischen Krieg 1547 führte zur Wiederannäherung der Stadt an Bischof und Kaiser. Noch bevor für das Reich der Augsburger Religionsfrieden abgeschlossen wurde, gelang es Bürgermeister Tile Brandis, einen Hildesheimer Religionsfrieden mit Bischof Friedrich von Holstein zu erreichen. Er erkannte die 1542 geschaffenen religiösen Verhältnisse an,

während die Stadt im Gegenzug Rechte und Besitz der katholischen Kirche garantierte. Durch die Reformation hatte sich die Stellung der Stadt gegenüber dem Bischof weiter verstärkt, aber die Lage war nicht einfacher geworden. Die Bürger waren nun überwiegend evangelisch; es gab jedoch eine relativ große katholische Minderheit, in der Stadt geistliche Immunitäten und einen katholischen Bischof als Landesherrn. Im außenpolitischen Ziel, der Wiederherstellung des Großen Stifts, waren sich Stadt und Bischof einig. Aber im Innern traten zu den alten Gegensätzen nun noch die des Glaubens, zumal die Bischöfe im Zuge der Gegenreformation erfolgreich die Rekatholisierung betrieben, zunächst auf dem Land, bald jedoch auch in der Stadt selbst. 1587 holte der Bischof die Jesuiten nach Hildesheim, die hier 1595 aus der verfallenen Domschule das Gymnasium Josephinum formten. Aus diesem Grund war die Stadt nach wie vor nicht bereit, sich an den Finanzen des Bistums zu beteiligen und die allgemein üblichen Reichs- und Kreisabgaben zu zahlen. Diese Konflikte wurden nun aber nicht mehr auf dem Schlachtfeld, sondern vor den Reichsgerichten ausgegetragen.

10. Stadtentwicklung

Während all dieser Ereignisse erlebte Hildesheim, das um 1500 ca. 8000 bis 10.000 Einwohner zählte, eine wirtschaftliche Blütezeit. Die rege Bautätigkeit offenbarte Wohlstand und Bürgerstolz; am Markt präsentierten sich die Häuser der reichen Familien und die Zunfthäuser der wichtigsten Handwerkervereinigungen, darunter das 1529 entstandene Knochenhauer-Amtshaus. Die Bürger pflegten offensichtlich einen exzessiven Lebensstil, zu dessen Einschränkung der Rat mehrfach Kleider- und Hochzeitsordnungen erließ. An der positiven Entwicklung änderten auch die verheerenden Pestepidemien, die die Stadt seit 1347 immer wieder heimsuchten, nichts. Allein die Pest von 1566 soll 6000 Tote gefordert haben, doch hat sich die Bevölkerung wohl immer wieder durch Zuzug von außen erholt.

Ungern ließ der Rat die Ansiedlung jüdischer Familien zu. Vereinzelt sind Juden nach 1457 immer in der Stadt anzutreffen, aber erst 1527 erhielt als erster Jost von Derenburg mit seiner Familie das Aufenthaltsrecht in der Stadt und siedelte sich zunächst am Lappenberg, später am Moritzberg an. Es folgten weitere Familien. Doch bereits 1542 beschlossen die Stadtoberen, entsprechend der allgemein restriktiven Judenpolitik des 16. Jahrhunderts, das Aufenthaltsrecht der Juden nicht zu verlängern. Unter anderem wollte man ihnen das städtische Geld- und Kreditwesen nicht unkontrolliert überlassen. Nur vereinzelt wurden Juden in der Folgezeit offiziell in der Stadt aufgenommen. Das Judenschutzrecht stand noch immer dem Bischof zu; die Verpfändung war 1457 rückgängig gemacht worden. Die Stadt maßte sich hier Rechte an, die Bischof Ernst Kurfürst von Bayern tolerierte. Er weilte ohnehin selten in Hildesheim, da er gleichzeitig Erzbischof von Köln war. Und immerhin hatte die Stadt seinem jüdischen Bankier und Hoflieferanten Nathan Schay 1587 das Aufenthaltsrecht gewährt. Als dieser, dessen ökonomischer Erfolg ohnehin schon einigen Neid hervorgerufen hatte, sich jedoch daran machte, eine jüdische Kultusgemeinde zu etablieren, kam es unter dem Vorwand der Blutschande gegen Schay auf Betreiben des Bürgermeisters und mit Unterstützung der protestantischen Geistlichkeit 1595 zur Vertreibung der Juden. Sie fanden Zuflucht auf dem Moritzberg und bemühten sich mit Eingaben an den Bischof um Wiedezulassung. Als der Rat sich bald in Prozesse vor dem Reichsgericht verwickelt sah, ließ er gegen eine hohe Geldzahlung die Juden 1601 wieder in die Stadt. Die zugelassenen dreizehn jüdischen Familien siedelten sich (wie zuvor einmal) auf dem Lappenberg an. Nathan Schay gründete eine Kultusgemeinde und errichtete auf seinem Grundstück ein Hintergebäude, das Schulhaus und Ersatz für die Synagoge war, deren Bau ausdrücklich verboten wurde. Erst 1849, ein Jahr nachdem sie die bürgerliche Gleichstellung erlangt hatten, erhielten die Juden die Erlaubnis, eine Synagoge auf dem Lappenberg zu errichten.

Die gute Entwicklung wirkte sich auch auf das Verhältnis zwischen den ewigen Konkurrenten Alt- und Neustadt aus. Die Neustädter versuchten eine Politik der vorsichtigen Annäherung: Sie strebten zwar eine Vereinigung mit der Altstadt an, aber bei weitgehender Beibehaltung der selbständigen Verfassungen. Die Altstädter hingegen hatten eine vollständige Vereinigung im Sinn, also die Abschaffung des Neustädter Rates. Lange Verhandlungen führten zum Unionsrezess, den am 15. August 1583 Räte, Gilden und Handwerksämter beider Städte unterzeichneten. Zwar hieß es, dass „forthin beide Städte eine Stadt sein“ sollen, doch wurde nur für gemeinsame Verwaltungsangelegenheiten eine „Samtregierung“, das war die Regierung der Altstadt mit 72 Personen, zu denen zwölf aus der Neustadt hinzukamen, und ein „Samtrat“ gebildet, der aus dem Rat der Altstadt, ergänzt um vier Neustädter Ratsherren, bestand. Auch die übrigen Gremien der Stadt nahmen lediglich Vertreter der Neustadt auf. Die Befestigung zwischen beiden Städten wurde beseitigt, das Bürgerrecht war einheitlich, die Neustädter Innungen wurden aufgelöst. Finanzverwaltung und Gericht blieben getrennt, so wie Kirchen-, Schul- und Hospitalangelegenheiten. Ein gleichberechtigter Zusammenschluss war das nicht, entsprach aber der wirtschaftlich-politischen Dominanz der Altstadt.

11. Im Dreißigjährigen Krieg

Die Zeichen in Europa standen auf Krieg. Dass 1618 Protestanten zwei kaiserlich-katholische Statthalter in Prag aus dem Fenster warfen und damit den Krieg auslösten, erfuhren die Bürger bald, denn in Hildesheim wurde (als zweiter Stadt in Norddeutschland nach Wolfenbüttel) seit 1617 eine Zeitung, „Relation“, gedruckt. 1618 verstärkten deshalb die Hildesheimer die Wachen, und weil als böses Omen ein Komet am Himmel erschienen war, ließ der Rat Betmessen lesen. 1620 sah man sich immerhin schon veranlasst, vorsorglich 100 Söldner aus Böhmen anzuwerben. In

den zwanziger Jahren weitete sich der Krieg in den niedersächsischen Raum aus und führte Hildesheim sukzessive in den politisch-wirtschaftlichen Ruin. Der „tolle Christian“ von Braunschweig kassierte zur Unterstützung der Evangelischen als erster eine Summe Geld, das die Stadt eigentlich nicht erübrigen konnte. Wenig später musste er sich dem kaiserlichen Feldherrn Tilly beugen, der im Niedersächsischen auf Christian IV. von Dänemark traf. Die Hildesheimer versuchten sich herauszuhalten und lieferten mal an die eine, dann an die andere Seite Lebensmittel. Gleichzeitig bereiteten sie sich aber auf den Kriegsfall vor, trafen Vorkehrungen zum Löschen von Feuern, setzten die in die Stadt geflohenen Bauern zu Wachdiensten ein und legten Kornvorräte an. Als Tilly 1626 in der Schlacht am Barenberge siegte, zahlte Hildesheim aus Furcht die geforderte Summe von 24.000 Talern zum Unterhalt der Truppen, obgleich sie kaum aufzubringen war, zumal die Pest im selben Jahr 1700 Tote gefordert hatte.

Die Angst wuchs, als das Reichskammergericht 1629 die Rückgabe des Großen Stifts an den Bischof verfügte und das Restitutionsedikt Kaiser Ferdinand II. auch die Rückgabe der ehemals geistlichen katholischen Güter in der Stadt verlangte. Die Bürger hofften auf den protestantischen Schwedenkönig Gustav Adolf, ohne für ihn offen Partei zu ergreifen. Seine Erfolge und die Verhandlungen mit seinen Bevollmächtigten zwangen Hildesheim, Geldzahlungen in Form von monatlichen Kriegssteuern aufzubringen. Im Jahr 1632 gingen die Herzöge Georg von Lüneburg und Christian Ulrich von Wolfenbüttel gegen Steuerwald und Marienburg vor, die von Truppen der Katholischen Liga besetzt waren, und zerstörten beide Festungen. Erstmals wurden nun Truppen in der Stadt einquartiert. Der Aufenthalt Herzog Georgs sollte die Stadt 85.000 Taler kosten. Damit nicht genug. Im selben Jahr griff der kaiserliche General von Pappenheim die Stadt an. Als er auf Widerstand stieß, zog er zunächst ab, kehrte im Herbst aber zurück. Nach dreitägigem Beschuss ergab sich die Stadt, und die Pappenheimer

zogen am 10. Oktober 1632 in Hildesheim ein, das geplündert wurde und erneut zahlen musste.

Zwar änderte sich die Kriegslage mit dem Sieg der braunschweigisch-lüneburgischen Truppen bei Hessisch Oldendorf 1633, aber Hildesheim profitierte davon nicht. Da die kaiserliche Besatzung sich weigerte die Stadt zu verlassen, wurde sie monatelang belagert, was die bereits völlig verarmte und von Hunger und Seuchen heimgesuchte Bevölkerung in tiefste Not stürzte. Erst im Sommer 1634 baten die Kaiserlichen um freien Abzug. Sie verließen eine zum großen Teil zerstörte und von vielen Bürgern verlassene Stadt. Im November 1634 zog Herzog Georg von Lüneburg als Sieger in die Stadt, die er im Februar des folgenden Jahres zu seiner Residenz machte. Er verstand sich als neuer Landesherr, zwang die Hildesheimer, Missbräuche in der Verwaltung zu beseitigen, und nahm Eingriffe in die Stadtverfassung vor. Dies war der Auftakt zu dauernden Streitigkeiten um die Verfassung sowie zu ständiger Verschiebung von Kompetenzen und Reorganisationen der Gremien. Erst eine neue Verfassung zum Anfang des 18. Jahrhunderts machte dem ein Ende.

Herzog Georgs Nachfolger Christian Ludwig gelang 1643 der Ausgleich mit dem Kaiser. Der Sonderfriede zu Braunschweig brachte die Räumung des Landes von kaiserlichen Truppen sowie die Rückgabe und Restitution des Großen Stifts an den Bischof. Die Stadt erhielt ihre alten Freiheiten zurück. Bis zum Westfälischen Frieden von 1648 gab es noch Truppendurchzüge und Einquartierungen in Hildesheim und bis 1651 Verhandlungen zwischen den evangelischen Landständen des Großen Stifts und dem Bischof. Erst dann konnten die Hildesheimer am 6. Januar 1651 den Abzug der letzten schwedischen Truppen feiern. Doch die Stadt war aufgrund finanzieller Lasten, Zerstörungen und Menschenverlusten nach dem Krieg nicht mehr dieselbe wie zuvor. In den nächsten 150 Jahren sollte sie sich nicht von den Folgen erholen, ihre Bedeutung als Handwerker- und Handelsstadt nie wieder erlangen.

12. Welfischer Zugriff

Nach und nach verloren im 17. Jahrhundert fast alle evangelischen Nachbarstädte ihre Selbständigkeit in der Auseinandersetzung mit ihren lutherischen Landesherrn, bis neben der Reichsstadt Goslar nur noch Hildesheim eine weitgehend von landesherrlichem Einfluss freie Stadt im Niedersächsischen war. Es hatte damit eine einzigartige Stellung, die der einer Reichsstadt nahe kam. Um ein Gegengewicht zur bischöflichen Herrschaft zu erhalten, lehnten sich die Hildesheimer aber auch weiterhin an die welfischen Herzöge. Herzog Maximilian Heinrich von Bayern ging ab 1650 als Erzbischof von Köln und Bischof von Hildesheim sofort auf Konfrontationskurs und versuchte, die von der Stadt okkupierten Hoheitsrechte zurückzuholen. Mehrere Prozesse waren bei den höchsten Reichsgerichten anhängig. Auch sein Nachfolger Jobst Edmund von Brabeck verfolgte ab 1688 diese Politik. Seine zur Bischofsweihe auf den Domhof geholte Leibgarde empfanden die Hildesheimer als Provokation und verwiesen auf das ihnen seit dem Mittelalter zustehende Besatzungsrecht. Der Bischof wich nach Steuerwald aus, doch der dortigen Huldigung durch Stiftsuntertanen und Landstände blieben die Städter fern. Der Domfreiheitsbezirk wurde 1692 gar zwischen Stadtbürgern und bischöflichen Soldaten blutig umkämpft. Ernst August von Hannover nutzte diese Wirren und ließ hannoversche und cellische Truppen die bischöfliche Festung Peine besetzen. Damit machten die Welfen alte Ansprüche auf das Stift wieder geltend.

Ein innerstädtischer Streit um die Verfassung, die desolate Finanzsituation der Stadt und ihre chaotischen Kassenverhältnisse, die besonders bei Ämtern und Innungen zu offener Empörung geführt hatten, sowie der Unmut der Bürger über den Einfluss eben dieser Ämter, bot dem Schutzherrn Herzog Georg Wilhelm von Celle 1702 Anlass zum militärischen Eingreifen in der Stadt. Im folgenden Jahr begann unter Aufsicht des braunschweigisch-lüneburgischen Hofrats Johann Christoph von Hede-

mann eine Reorganisation der Verfassung. Der „Hedemannsche Rezess“ war die erste gültige Hildesheimer Verfassung seit dem 13. Jahrhundert, die durch Einwirkung von außen zustande kam. Eigenständige Entwicklungen sollte es auch später nicht mehr geben. Die Stadtregierung bestand nun aus zwei Stühlen: dem Ratsstuhl mit zwei Bürgermeistern und zehn Ratsherren nebst Syndikus und Vizesyndikus sowie dem Ständestuhl aus sechs Alterleuten der gesamten Gemeinde und sechs Vertretern der Ämter und Gilden. Wieder kamen für die Neustadt vier Vertreter zur Samtregierung. Das Oldermannsgremium blieb bestehen. Alle erhielten nun feste Gehälter, verloren aber die meisten bisherigen Vergünstigungen. Wirkliche Ruhe kehrte nicht ein, so dass 1711 erneut welfische Truppen in die Stadt kamen und sich hier als kleine dauerhafte hannoversche Garnison etablierten. Der Schutz, den die Hildesheimer immer wieder bei den Welfen gesucht hatten, verwandelte sich nun in Zwang.

Es blieb nicht die einzige Belastung in dieser Zeit. Auch der Siebenjährige Krieg zwischen 1757 und 1763 ließ Hildesheim nicht unberührt. Im August 1757 entwaffnete französisches Militär die hannoversche Garnison in der Stadt, und im Dezember kehrten 5000 bei Rossbach geschlagene Franzosen zurück, von denen 1000 in Hildesheim starben. 1758 wurden sie von den Preußen verdrängt. Der Rat sah sich wieder einmal genötigt, die Bürger mit einer Kopfsteuer zu belasten, um die Kriegslasten tragen zu können.

Immer wieder sind im 18. Jahrhundert Missstände in der Verwaltung, vor allem in der Kassenregelung, festzustellen; Streit war an der Tagesordnung, Amtsmissbrauch und Wahlbestechung waren häufige Vorwürfe, Gerichte wurden regelmäßig konsultiert. Die Unzufriedenheit mit den verkrusteten Verfassungsstrukturen wuchs. Aus geringem Anlass kam es im August 1789, im Jahr der Französischen Revolution, zu einem Aufruf vor dem Rathaus und einem Zusammentreten der Bäuerschafte, die ein 36er-Gremium wählten und an des-

sen Spitze den Kaufmann Christoph Friedrich Lüntzel, ab 1790 Bürgermeister. Das Gremium ließ sich vom Rat vereidigen, d. h. es handelte sich hier keineswegs um revolutionäre Taten, und legte ihm eine schriftliche Beschwerde über die Verfassungszustände vor. Aus eigener Kraft schafften die Hildesheimer eine Reform allerdings nicht mehr, und die Kompetenz dazu wurde ihnen bald aus der Hand genommen.

13. Preußisches Zwischenspiel und westphälische Episode

Napoleon überzog Europa mit Krieg, in dessen Folge er die Neuordnung der alten Welt betrieb. Im Vertrag von Paris einigten sich die Kriegsgegner Frankreich und Preußen 1802 darauf, dass letzteres zur Entschädigung für den Verlust seiner linksrheinischen Gebiete an Frankreich unter anderem das Hildesheimer Land erhalten sollte. Dies beendete nicht nur Hildesheims Dasein als Teil eines geistlichen Territorialstaates, sondern auch die seit dem Mittelalter erkämpfte Stadtfreiheit. Die Preußen säkularisierten das Fürstbistum, lösten Sülte-, Godehardi- und Michaeliskloster auf und nutzten St. Michael als Heu- und Strohmagazin. Sie wandten sich aber auch unmittelbar den desolaten Kassenverhältnissen zu. Dann folgten Neuerungen in der Verwaltung, die dem modernen preußischen Staatsdenken entsprachen und 1806 in das „Rathäusliche Reglement“ mündeten. Die Justiz wurde von der Verwaltung getrennt, der neue Magistrat aus führenden Bürgern der Stadt reduziert auf Polizeigewalt und Verwaltung. An der Spitze der Stadt stand nun ein Stadtdirektor, der vom König ernannt wurde. Damit war die 600jährige Tradition bürgerlicher Selbstverwaltung beendet. Zwar gab es ein Repräsentativorgan aus neun Altermännern oder Worthaltern zur Begutachtung von Finanzangelegenheiten, aber sie hatten nahezu keine Rechte.

Für die Einwohner Hildesheims blieb die Zugehörigkeit zum preußischen Staat zunächst nur eine kurzes Zwischenspiel. Nachdem Napoleon 1806 über Preußen

gesiegt hatte, nahm er Besitz von den preußischen Ländereien. Als sich im November 1806 französische Truppen in der Stadt einquartierten, begann für Hildesheim die „Franzosenzeit“. Im folgenden Jahr schuf Napoleon das Königreich Westphalen, und die Verwaltungsstrukturen wurden nach französischem Vorbild umgestaltet. Stadt und Land Hildesheim gehörten als eigener „Distrikt“ zum „Departement Oker“, das von einem „Unterpräfekten“ verwaltet wurde. Der Stadt selbst standen ein eingesetzter „Maire“ (Bürgermeister) und drei „Adjoints“ (Beamte) vor. Ein Municipalrat als Repräsentativorgan, aber ohne Mitbestimmungsrechte, wurde auf Vorschlag der Departementkollegien vom König ernannt und sollte einmal im Jahr für zehn Tage zusammentreten, um im Wesentlichen Rechnungsangelegenheiten zu beraten. Wie überall im Reich räumten die Franzosen mit den zwar alt ehrwürdigen, die moderne Entwicklung jedoch behindernden Strukturen auf. Dazu gehörten auch die Auflösung der alten Handwerkerzünfte und die Einführung der Gewerbefreiheit. Schließlich vollendeten sie die Säkularisierung. Alle noch bestehenden Stifte und Klöster Hildesheims wurden 1810 aufgelöst.

14. Im Königreich Hannover

Napoleons Niederlage in der Völkerschlacht bei Leipzig 1813 war jedoch der Anfang vom Ende dieser Neuordnung und der Auftakt zur weitgehenden Restaurierung des alten Europa auf dem Wiener Kongress 1814/15. Da Preußen verzichtete, wurde das alte Fürstbistum Hildesheim hier dem soeben zum Königreich erhobenen welfischen Hannover zugesprochen. Seit April 1815 galt die neue, vom hannoverschen Kabinettsministerium erlassene Stadtverfassung, die sich an der Verfassung von 1806 orientierte. Allerdings wurde die Verbindung von Verwaltung und Justiz wiederhergestellt. Selbstverwaltungsorgane besaß die Stadt nun nicht mehr. Der Gesamtmagistrat umfasste acht Mitglieder, die durch die Regierung ernannt wurden und alle wichtigen Entscheidungen für die Stadt trafen. Vertreter

der Bürgerschaft wurden in Finanz- und Grundstücksangelegenheiten mit Stimmrecht herangezogen. Gewählt wurden sie durch die Grundstücksinhaber, da das passive Wahlrecht an einen Zensus von 3000 Talern gebunden war. Das waren von 11.159 Einwohnern 540 Personen. Im Wirtschaftsbereich wurde 1817 die alte Zunftverfassung wieder eingeführt. Ab 1823 war Hildesheim Sitz einer „Landdrostei“ als oberster Behörde des Regierungsbezirks, und die Entscheidungsgewalt lag nun beim Landdrost, d. h. den Hildesheimern war sie damit aus der Hand genommen.

In diesen Jahren wandelte sich auch die äußere Erscheinung der Stadt. Die alten, militärisch längst bedeutungslosen, in der Unterhaltung aber teuren Befestigungsanlagen wurden im Laufe der Jahre weitgehend abgetragen. Mauern fielen jedoch auch in den Köpfen der Menschen. Die Ideen von 1789 waren nicht vergessen und führten im Juli 1830 in Frankreich zu einer neuen Revolution, die auch auf Deutschland übergriff. Die Gedanken von Freiheit und Einheit der im Deutschen Bund nur locker zusammengefassten deutschen Staaten fielen bei liberal gesinnten Bürgern in Hildesheim auf fruchtbaren Boden. So kam es auch hier zu kleineren Unruhen unter Führung des kritischen jungen Juristen Friedrich Weinhagen. Er war Mitglied der hannoverschen Ständeversammlung, hatte sich aber bereits mehrere Prozesse eingehandelt, die zur Folge hatten, dass sein Mandat ruhte. Aus dem ganzen Land, auch aus Hildesheim, gingen Petitionen in Hannover ein, die Forderungen nach Pressefreiheit, Eingrenzung der Vorrechte des Adels und politischer Beteiligung des Bürgertums erhoben. Wilhelm IV. kam dem mit der Novellierung des Staatsgrundgesetzes 1833 entgegen. Doch als sein Nachfolger Ernst August 1837 die neue Verfassung aufhob und die alte von 1819 wieder in Kraft trat, wurde deutlich, dass liberale Ideen es von nun an in Hannover schwer haben würden. Die Hildesheimer mussten darüber hinaus ihre Hoffnung auf eine den individuellen Verhältnissen der Stadt entsprechende Verfassung aufgeben, denn Hannover plante ein einheitliches Kom-

munalrecht. Es wurde mit der Hannoverischen Städteordnung von 1851 geschaffen und durch ein Ortsstatut für Hildesheim 1852 ergänzt. Die Neuordnung trennte auch in Hannover endlich Justiz und Verwaltung und etablierte ein duales System mit haupt- und nebenamtlichen auf Lebenszeit gewählten Mitgliedern eines Magistrats, der ein reines Verwaltungsorgan war. Daneben gab es ein auf sechs Jahre gewähltes Bürgervorsteherkollegium mit zunächst zwölf, von den Bürgern gewählten Mitgliedern, die vor allem beim Finanzwesen Mitwirkungsrechte hatten. Dieses System sollte mit Modifikationen bis in die Weimarer Zeit hinein erhalten bleiben.

Im Verlauf der Märzunruhen 1848 sah sich Ernst August erneut mit liberalen Forderungen konfrontiert, denen er geschickt begegnete, indem er liberale Politiker in die Regierung berief. Die nach Hannover zur Volksverordneten-Versammlung entsandte Hildesheimer Delegation konnte bei ihrer Rückkehr am 17. März 1848 der versammelten Menge das Entgegenkommen des Königs in den

wichtigsten Fragen (Presse- und Versammlungsfreiheit sowie Amnestie der politischen Häftlinge, Öffentlichkeit der Gemeinde- und Ständeversammlung und der Gerichtsverfahren) bekannt geben. Drei Tage später rief Weinhagen zu einer Volksversammlung auf dem Marktplatz auf, bei der deutlich wurde, dass den Hildesheimern letztlich die Probleme vor Ort doch wichtiger waren als Freiheit und Nation. Vorwürfen gegen die Stadtverwaltung folgten Rücktrittsforderungen, denen die Landdrostei schließlich nachkommen musste und die Bürgermeister Lüntzel und Traumann entließ. Damit nicht genug. Zunächst noch hielt die Schützengesellschaft die vor den Häusern der beiden Bürgermeister zusammengelaufene Menge zurück. Doch um Ruhe und Ordnung wiederherzustellen, wurden schließlich im April Truppen nach Hildesheim entsandt. Am 17.4.1848 folgte die Verhaftung Weinhagens wegen Anstiftung zum Aufbruch. Trotz seiner aus dem Gefängnis übermittelten Aufforderung Ruhe zu bewahren, wurden der Pulverturm besetzt, die Kanonen der Schützen-



Abb. 6: Friedrich Weinhagen spricht 1848 zu den Hildesheimern (Quelle: Stadtarchiv Hildesheim, Best. 951 Nr. 1282).

gesellschaft auf die Wälle geschafft und auf die Kasernen gerichtet, während der Landdrost und andere Amtsinhaber gefangengenommen, ihre Häuser geplündert wurden. Doch noch in der Nacht setzte sich die Bürgerwehr der Weinhagen-Anhänger durch, die Gefangenen durften gehen, und am folgenden Tag beugten sich die Auführer dem militärischen Ultimatum der hannoverschen Truppen. Es war kein Schuss gefallen; die Revolution blieb in Hildesheim wie im ganzen Königreich unblutig. Es blieben jedoch auch das veraltete Verwaltungssystem, der Wunsch nach mehr Selbständigkeit der Stadt und die allgegenwärtige Dominanz Hannovers. Die Unzufriedenheit wurde noch durch die reaktionäre Wende Georg V. begünstigt, der 1855 weitgehend die Verfassung von 1840 wieder etablierte und damit die erkämpften Rechte zurücknahm.

Zudem war die alltägliche wirtschaftliche Situation alles andere als erfreulich. Die Bevölkerung klagte über erhöhte Abgaben und zu wenig Arbeitsmöglichkeiten für die Einwohner, deren Zahl stark angestiegen war: von 11.585 im Jahr 1817 auf 17.988 im Jahr 1864. Arbeit bietende Industrie aber siedelte sich in Hannover oder Braunschweig an, während die Innungen das in Hildesheim noch verhinderten. Der Schwerpunkt der Hildesheimer Wirtschaft lag im 19. Jahrhundert in Handel und Handwerk. Nur langsam wurde die Stadt vom Industriezeitalter erfasst. Zwar entstand schon 1843 eine Dampfmaschinen- und Dampfkesselfabrik, dann 1846 die Eisengießerei und spätere Maschinenfabrik Kattentidt, ab 1847 baute Senking Kochherde und 1856 begann die Firma Ahlborn mit der Produktion landwirtschaftlicher Maschinen. Damit gab es 1861 aber erst vier eisen- und metallverarbeitende Betriebe mit 75 Arbeitern, hinzu kamen acht Unternehmen der Textilindustrie mit 345 Arbeitern und acht Tabakfabriken mit 105 Arbeitern. Zum Vergleich: Hannover hatte 97 Industriebetriebe mit 4000 Arbeitern. Positive Auswirkungen für alle hatten die Errichtung des städtischen Gaswerkes 1863 und die Anbindung an das Eisenbahnnetz. Hildesheim selbst hatte sich sehr früh für die Bahn enga-

giert, aber auch hier war die Nähe Hannovers und Braunschweigs ungünstig. Zudem lagen die Entscheidungen über den Eisenbahnbau in Hannover, das sich erst nach 1840 für den Bau einer Nahverkehrsstrecke entschied. Dabei wurden immer wieder Entscheidungen gegen Hildesheim getroffen. Erst 1844 entstand ein erster Bahnhof an der Kaiserstraße, dessen Bahntrasse die Verbindung nach Lehrte zur Strecke Hannover - Braunschweig herstellte.

15. In der preußischen Provinz Hannover

Im Jahr 1866 stellte Preußen dem österreich-freundlichen Hannover ein Ultimatum: entweder die preußischen Reformpläne für den Deutschen Bund zu unterstützen – diese sollten zu dessen Auflösung, zur Gründung des Norddeutschen Bundes und 1871 zur Gründung des preußisch dominierten Deutschen Reiches führen – oder als Feind betrachtet zu werden. Die Verweigerung Georg V. kostete ihn sein Königreich. Nach kurzer militärischer Auseinandersetzung wurde es vom preußischen Staat annektiert und in die Provinz Hannover umgewandelt.

In Hildesheim begrüßte man diese Veränderung durchaus. Die Honoratioren der Stadt hatten schon lange mehrheitlich ihre Sympathien für eine preußisch geführte konstitutionelle Monarchie bekundet. Obgleich es anfangs nicht sicher schien, blieb Hildesheim auch unter preußischer Hoheit Regierungssitz; die Landdrostei wurde in eine Bezirksregierung mit einem Präsidenten an der Spitze umgewandelt.

In den folgenden Jahrzehnten verzeichnete das aus seiner Behäbigkeit erwachte Hildesheim in wirtschaftlicher wie kultureller Hinsicht eine ruhige positive Entwicklung. Nicht zuletzt lässt sich das auch an der massiv wachsenden Einwohnerzahl ablesen, die bis 1910 auf 50.239 anstieg. Dies war nicht nur auf die Eingemeindung des Fleckens Moritzberg 1911 und Steuerwalds 1912 zurückzuführen. Im ganzen Reich gab es nach 1871 einen Bevölkerungsschub wie nie zuvor.

Die bessere Ernährungsbasis, Fortschritte in Medizin und Hygiene und die gute Wirtschaftskonjunktur machten sich bemerkbar. Hinzu kamen die vom Land hereinströmenden Industriearbeiter, die die Stadt gleichwohl auch vor neue Probleme stellten, denn es gab viel zu wenig Wohnraum, so dass Scheunen und Ställe als Wohnung dienen mussten.

Verantwortlicher Mann war ab 1875 der aus Osnabrück stammende Bürgermeister Gustav Struckmann. Er war gleichzeitig Mitglied im Preußischen Herrenhaus sowie im Provinziallandtag Hannover und schließlich Reichstagsabgeordneter. In seiner langen Amtszeit bis zu seinem Rücktritt 1909 konnte Struckmann der Entwicklung der Stadt seinen Stempel aufdrücken. Vor allem die Industrialisierung schritt in dieser Zeit voran. Waren 1886 in der Stadt 61 Industriebetriebe angesiedelt, so waren es 1910 bereits 160. Insgesamt arbeiteten zu diesem Zeitpunkt über 2000 Menschen in der Industrie, etwa 14,4 % der Beschäftigten. Nördlich des neuen Bahnhofes, der 1884 an der heutigen Stelle errichtet wurde, entwickelten sich ein Industriegebiet und ein Wohnviertel für die Arbeiter. Obgleich viele Arbeiterfamilien vor allem in der Altstadt in unwürdigen Zuständen leben mussten, nahm die Stadtverwaltung sich dieser Probleme nur zögerlich an. 1892 gründete Struckmann die Gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft, die erste Häuser mit günstigem Wohnraum errichtete. Struckmann setzte sich jedoch auch für repräsentative Wohnungen ein, denn nicht zuletzt aus politischen Gründen versuchte man mit Erfolg die Stadt zum Altersruhesitz für wohlhabende Offiziere, Beamte und Lehrer zu machen.

Seit den siebziger Jahren wurde auch der Eisenbahnbau vorangetrieben. Für die erste neue Bahnverbindung Löhne - Hameln - Hildesheim - Vienenburg entstand 1875 der nach der privaten Betreibergesellschaft benannte Altenbekener Bahnhof, später Ostbahnhof. Die Direktverbindung nach Hannover (über Barnten) wurde erst 1889 geschaffen. Zehn Jahre später fuhr auch eine Straßenbahn nach Hannover, die „Rote

11“, und ab 1905, nach Errichtung des Elektrizitätswerkes im Jahr zuvor, im Stadtgebiet eine elektrische Straßenbahn. 1895 hatte das Städtische Krankenhaus seinen Betrieb aufgenommen, im folgenden Jahr eine Badehalle. Gefördert wurde die wirtschaftliche Entwicklung auch durch den Wegfall alter Gewerbebeschränkungen nach der Annexion durch Preußen.

Politisch entwickelte Hildesheim sich in diesen Jahren zu einer Hochburg der Nationalliberalen, denen auch Bürgermeister Struckmann zuzurechnen ist. Einer ihrer wichtigsten Vertreter war Hermann Roemer, Senator der Stadt und dann Reichstagsabgeordneter. Schon lange politisch aktiv, gehörte er ab 1859 in Hildesheim zu den Vorreitern des Deutschen Nationalvereins. Später war er unter den norddeutschen Liberalen, die den Kern der Nationalliberalen Partei bildeten, als diese sich 1866 von der Fortschrittspartei trennte.

Daneben entwickelte sich in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts überall die politische Organisation der Arbeiter. Auch in Hildesheim gab es ab 1848 einen Arbeiterbildungsverein der Buchdrucker. 1861 entstand der erste Männerturnverein, dem, vor allem nach der teilweisen Aufhebung der Koalitionsverbote 1869, zahlreiche Vereine folgten. Unter dem Mantel von Gesang und Sport waren sie auch politisch aktiv, vor allem in Zeiten, in denen dies offiziell noch verboten war. Erst an der Wahl zum Norddeutschen Reichstag 1867 durften die Arbeiter teilnehmen, weil zum ersten Mal allgemeine, gleiche und direkte Wahlen stattfanden. Gleichwohl waren von den 19.580 Einwohnern nur 3583 wahlberechtigt, nämlich alle Männer über 25 Jahren. Gewählt wurde nach dem Mehrheitswahlrecht: wer in einem Wahlkreis die absolute Mehrheit, notfalls in einer Stichwahl, erlangte kam in den Reichstag. Die 120 Mitglieder des Arbeitervereins stellten einen eigenen Kandidaten auf, den Zigarrenmacher A. W. Fritzsche, Mitglied im Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein Ferdinand Lassalles, der in Hildesheim eine Ortsgruppe hatte. Er erhielt auf Anhieb 17 %

der Stimmen. Die überwiegend national-liberale Einstellung der Bürger führte allerdings Hermann Roemer in den Norddeutschen Reichstag. Er hatte auch auf die Stimmen der Arbeiter gehofft, war ihnen in seinen Forderungen aber nicht radikal genug. Dies war ein Zeichen dafür, dass sich der Arbeiterbildungsverein zunehmend stärker an der Sozialdemokratie orientierte. Deren spätere parteipolitische Organisation fand in dem Arbeiterverein „Concordia“ ihre Basis. Der erste, 1912 in Hildesheim gewählte Sozialdemokrat war der Redakteur der Parteizeitung „Volkswille“, Friedrich Rauch aus Hannover.

Seit den Wahlen von 1867 zeichneten sich zunehmend drei Wählergruppen ab: das protestantische Bürgertum, die Arbeiterschaft und die Katholiken. Politisch bestimmend waren daher drei Parteien: die Nationalliberalen, die SPD und das Zentrum, daneben zeitweise noch die Welfen in der Deutsch Hannoverischen Partei. Die Nationalliberalen stellten zwischen 1867 und 1907 neun Mal den Reichstagsabgeordneten. Doch um 1890 begann ihr Einfluss zu sinken, da sie die sozialen Probleme der Zeit nicht erkannten. Vor allem die SPD verzeichnete einen Anstieg in der Wählergunst. Das Sozialistengesetz war aufgehoben, und die Zahl der Industriearbeiter, das Wählerpotenzial der SPD, hatte sich vergrößert. In der Stichwahl 1912 wurde Friedrich Rauch auch mit Hilfe der Nationalliberalen unter dem Motto „Lieber rot als schwarz“ gewählt. Die Wahl hatte massiven, wochenlangen Streit zur Folge, denn der Parteivorstand hatte dem Kandidaten des Zentrums die Stimmen geben wollen, in der Vertrauensmännerversammlung beschloss jedoch die Basis, den Wählern freie Hand zu lassen. Dieser politische Eklat hatte bis in die 20er Jahre hinein Folgen und trübte das Verhältnis der Nationalliberalen zu den Sozialdemokraten.

Der „Hildesheimer Kurier“ schrieb 1912 gar von „Verrat an Hildesheim“. Das Blatt, existent bis 1919, war allerdings die Stimme der Konservativen in Stadt und Stift. Doch es war nicht die einzige Hildesheimer Zeitung dieser Zeit.

Die 1705 gegründete Hildesheimer Allgemeine Zeitung des Verlegers Albert Georg Gerstenberg präsentierte sich nationalliberal, die 1782 gegründete Hildesheimsche Zeitung Fritz Kornackers, katholisch orientiert, unterstützte Zentrum und Welfen. Und der „Volkswille“ der SPD Hannover war die Stimme der Arbeiter, bis Hildesheims Sozialdemokraten 1919 das „Hildesheimer Volksblatt“ gründeten. Sie alle unterrichteten die Öffentlichkeit vom Parteienstreit.

16. Auf dem Weg zur Kulturstadt

Auch im kulturellen Bereich entwickelte sich die Stadt in diesen Jahrzehnten, in denen die Kultur zum Mittelpunkt Hildesheimer Identität wurde. Neben Gustav Struckmann wirkte auch hier vor allem Hermann Roemer. Zunächst war insbesondere die Denkmalpflege sein Gebiet, und so sind die Rettung von St. Michael und die Vollendung des Andreaskirchturms sein Verdienst. Aufgrund seiner Initiative kaufte die Stadt 1852 das Knochenhauer-Amtshaus, um es als Kulturdenkmal zu erhalten. Stadt und Bürgerschaft entdeckten die alten Hildesheimer Fachwerkhäuser als besonders zu schützendes Gut, und so wurden noch andere Häuser von der Stadt angekauft und zu ihrer Erhaltung 1887 der „Pinselverein“ gegründet. Bereits 1844 war unter Roemers maßgeblichem Beitrag ein Museumsverein entstanden, der zur Basis eines bald überregionale Bedeutung erlangenden und bis heute bestehenden städtischen Museums wurde. Roemer warb für diese Einrichtung, sorgte für den Erwerb zahlreicher Exponate und verdiente sich so die spätere Benennung des Museums mit seinem Namen. Er war zudem einer der Gründer der „Deutschen Gesellschaft zur Erforschung des äquatorialen Afrikas“, wobei es ihm nicht in erster Linie um Kolonialbesitz ging, sondern um Kenntnis der Kultur und Objekte für sein Museum. Dass bereits von 1798 - 1801 ein Hildesheimer, Friedrich Hornemann, als Forschungsreisender in Afrika gewesen war und sein Tagebuch einer Reise gedruckt vorlag, haben die Hildesheimer damals nicht zur Kenntnis genommen.

Seit 1888 gab es in Hildesheim die

erste öffentliche Bibliothek, 1898 liefen im ersten Kino die Filme an, 1909 entstand durch Privatinitiative ein städtisches Theater. Im selben Jahr übertrug der Kaufmann und Konsul Wilhelm Pelizaeus, der lange in Ägypten tätig gewesen war, seiner Heimatstadt die von ihm gesammelten Schätze dieses Landes, die seit 1911 in dem nach ihm benannten Museum zu sehen sind. Hildesheims Ruf als „Stadt der Schulen“ ist wesentlich mit dem Namen Struckmann verbunden. Unter anderem wurde dank seiner Bemühungen die private Landwirtschaftsschule der Gebrüder Michelsen zum ersten staatlich abgesicherten landwirtschaftlichen Gymnasium in Deutschland. Auch die „Königliche Baugewerkschule“ kam nach Hildesheim, wurde später Staatsbauschule und ist heute Fachhochschule, - desgleichen die Provinzialtaubstummenanstalt, heute das Landesbildungszentrum für Hörgeschädigte.

17. Erster Weltkrieg und Weimarer Republik

Dass Hildesheim eine kaisertreue Bevölkerung hatte, konnte der Monarch persönlich feststellen, als er im Jahr 1900 die Stadt besuchte und von einer begeisterten Menge gefeiert wurde. So war es keine Frage, dass die Hildesheimer bei Kriegsausbruch 1914 treu zu ihm standen und die allgemeine Begeisterung teilten. Der Verlauf des Krieges und die Opfer, die er forderte, ließen die Stimmung jedoch bald umschlagen. 1600 Hildesheimer sollten auf den Schlachtfeldern ihr Leben verlieren. Allerdings blieb die Stadt auch im Krieg gut versorgt, so dass es hier keine Hungerunruhen gab. Dies war wohl ein Grund dafür, dass die Novemberrevolution 1918 die Hildesheimer kaum in ihren Bann schlug. Ein weiterer Grund war das Fehlen eines großstädtischen Proletariats als „Nährboden der Radikalisierung“ und mit Kampftradition. Die Hildesheimer Arbeiterschaft folgte parteipolitisch wie gewerkschaftlich einer gemäßigten sozialdemokratischen Linie und der größte Teil der Bürgerschaft blieb der liberalen Mitte treu. Der SPD, die schon am 4. No-

vember einen Aktionsausschuss gegründet hatte, und den Freien Gewerkschaften fiel in den Revolutionstagen die Führungsrolle zu. Doch auch die städtischen Behörden hatten bereits während des Krieges eine geschickte Politik betrieben und zum Beispiel überall in den Betrieben auch gegen den Widerstand der Unternehmer die Bildung von Arbeiterausschüssen durchgesetzt. Nach Bekanntwerden der Meuterei der Matrosen in Kiel, die die Revolution in Gang setzte, versuchten die Stadtoberen ein Übergreifen der Unruhen auf Hildesheim zu verhindern. Unter den Soldaten wurden Vertrauenskommissionen gewählt und in alle städtische Ausschüsse Arbeitervertreter aufgenommen; die Steuern wurden gesenkt und Privilegien abgebaut. Hugo Braun, SPD-Mitglied und Sekretär der Freien Gewerkschaften, allgemein anerkannt und auch vom politischen Gegner geachtet, wurde unbesoldeter Senator der Stadt. Ein Arbeiter- und Soldatenrat, wie er überall gebildet wurde, schien damit überflüssig.

Doch eine Abordnung des hannoverschen Soldatenrates sorgte am 8. November 1918 während einer von SPD und Freien Gewerkschaften einberufenen Versammlung im Gewerkschaftshaus für die Wahl eines Arbeiterrats und eines provisorischen Soldatenrats. Letzterer wurde am Tag darauf bei einer Mannschäftsversammlung in der Bahnhofskaserne bestätigt. Der Arbeiter- und Soldatenrat hatte in den folgenden Wochen die Regierungsgewalt inne. Gleichwohl nahmen an seinen Sitzungen stets zwei Vertreter der Stadt teil, der Regierungspräsident blieb im Amt und alle von der Stadtverwaltung getroffenen Anordnungen in Kraft. Dem Arbeiter- und Soldatenrat unter seinem Zentralbevollmächtigten Hugo Braun ging es in erster Linie darum, Ruhe einkehren zu lassen, die Ordnung in Wirtschaft und Verwaltung wiederherzustellen sowie die Demobilmachung des Heeres und den demokratischen Neubeginn einzuleiten. Radikale Tendenzen hatten hier keine wirkliche Chance, auch wenn die reichsweite Radikalisierung der Arbeiter im Frühjahr 1919 quantitativ wie qualitativ begrenzt auch in Hildes-

heim zu spüren war. Im November 1918 hatte der Ortsverein der SPD 362 Mitglieder, im April 1919 waren es 1181. Viele, die der Arbeiterbewegung bisher fern standen, auch viele Bürgerliche, hatten sich ihr angeschlossen. Die Stärkung des liberalen Flügels beantworteten einige alte SPD Mitglieder mit dem Austritt aus der Partei und gründeten im Februar 1919 eine Gruppe der radikaleren Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei. Im Juni entstand eine Ortsgruppe der KPD. Beide erlangten aber keine größere Bedeutung. Interessen reorganisierte sich das allmählich wieder erstarkende Bürgertum auch politisch. Die Wahlen zur Nationalversammlung und zur preußischen Landesversammlung gingen für die SPD ebenso verloren wie die Kommunalwahlen am 2. März 1919. Nach der Einberufung einer Verfassungsgebenden Nationalversammlung sollten die Räte durch demokratische Wahlen legitimiert werden. Für den Arbeiterrat kandidierten am 16. März zwei Listen: die Liste Braun und die Liste Borchard der vereinigten bürgerlichen Gruppen. Letztere gewann mit 16 zu 14 Sitzen. Zu diesem Zeitpunkt hatten die Räte allerdings schon keinen Einfluss mehr. Als schließlich am 4. Februar 1920 das Betriebsrätegesetz in Kraft trat, nahm die Stadtverwaltung dies zum Anlass, die Zahlungen an den Arbeiter- und Soldatenrat einzustellen, der sich im März 1920 auflöste.

Bei der Bürgervorsteherwahl waren erstmals auch drei Frauen – bei 46 Mitgliedern – in das Kollegium gewählt worden, da die Weimarer Republik ihnen die politische Gleichberechtigung gebracht hatte. Eine von ihnen war die Arbeiterin und Hausfrau Elise Bartels, die 1922 für die SPD auch in den Reichstag einzog. Die Kandidaten wurden nunmehr nach dem Verhältniswahlrecht gewählt. Im Bürgervorsteherkollegium hatten wie bisher zunächst die liberalen Parteien das Sagen, gefolgt von SPD und Zentrum. Der Nachfolgeorganisation der Nationalliberalen, der Deutschen Volkspartei (DVP) des Reichskanzlers und Außenministers Gustav Stresemann, blieb Hildesheim bis zu dessen Tod treu. Sie stellte mit Ernst Ehrlicher bis 1938 den

Oberbürgermeister. Seit 1929 bildeten die Sozialdemokraten die stärkste Fraktion. Bei den Reichstagswahlen unterstützte Hildesheim in den Anfangsjahren neben der DVP in der Regel die Parteien der Weimarer Regierungskoalition: SPD, Zentrum und die Deutsche Demokratische Partei (DDP).

In der unmittelbaren Nachkriegszeit litt Hildesheim unter den gleichen Problemen wie alle Städte, denen die Versorgung massive Probleme bereitete, da es an allem fehlte: von der täglichen Grundnahrung bis zu Streichhölzern und vor allem Brennstoffen. Nach Behebung der größten Missstände machte sich weiterhin die Weltwirtschaftskrise bemerkbar, und vor allem die Arbeitslosigkeit lastete schwer auf Stadt und Bürgern, denn mehrere Industriebetriebe gingen in Konkurs. So beschloss man 1920 als riesige Arbeitsbeschaffungsmaßnahme den Bau des Hildesheimer Hafens. Die Einweihung 1928 nutzte Reichspräsident von Hindenburg, um der ihm persönlich bekannten Stadt einen viel bejubelten Besuch abzustatten. Bereits im Jahr zuvor war im Norden Hildesheims ein Flugplatz angelegt worden, der später vor allem militärisch genutzt wurde.

Im März 1920 unternahm der Generallandschaftsdirektor und Freikorpsführer Kapp, unterstützt von Teilen der Reichswehr, einen Putsch, der auf den Sturz der Republik zielte. Er hatte vorübergehend Erfolg und übernahm in Berlin die Regierung. Am 13. März folgte der Aufruf der SPD und der Freien Gewerkschaften zum Generalstreik zur Verteidigung der Republik, dem Arbeiter wie höchste Beamte folgten. Ähnlich verlief die Entwicklung in Hildesheim, wenn es auch kein gemeinsames Vorgehen von sozialistisch orientierten und bürgerlichen Gruppen gab. Die in Hildesheim stationierte Reichwehrgarnison hatte sich für neutral erklärt und war am 14. März nach Hannover verlegt worden. Die Arbeiterschaft unter Leitung eines Aktionsausschusses von sozialistischen Parteien und freien Gewerkschaften unter Senator Braun bemühte sich um Gewaltlosigkeit, als am 15. März der

Streik begann. Nachdem jedoch in die Menge von 3000 Menschen Unruhe gekommen war und sie sich Waffen beschafft hatte, verselbständigten sich die Ereignisse. Goslarer Jäger, eigentlich auf dem Weg nach Hannover, nahmen in Hildesheim Quartier. Der Kreisrat von Rauther aber bat beim Garnisonskommando um Unterstützung der Jäger gegen die Streikenden, zum angeblich notwendigen Schutz von Sicherheit und Ordnung. Gegenseitige Provokationen führten am 16. März zu schweren Unruhen. Die Jäger fühlten sich von den Massen, die weder vom Aktionsausschuss noch von Oberbürgermeister Ehrlicher beruhigt werden konnten, bedroht und schossen. Sechs Tote und 22 Verwundete waren das Ergebnis; über die Stadt wurde der verschärfte Ausnahmezustand verhängt. Am 17. März scheiterte in Berlin der Kapp-Putsch, was überall die Streiks beendete. In Hildesheim beschloßen Freie und Christliche Gewerkschaften, den Streik bis zum Abzug der Jäger fortzusetzen. Diese zogen in der Nacht zum 20. März ab, der Ausnahmezustand wurde am Tag darauf aufgehoben, der Streik beendet. Aber die politische Unruhe und die Auseinandersetzungen zwischen Arbeiterschaft und Bürgertum hielten noch eine Weile an.

1932 erreichte die Arbeitslosigkeit in Hildesheim mit mehr als 7000 Menschen, bei einer Einwohnerzahl von 62.519, ihren Höhepunkt. Aufgrund des allgemeinen konjunkturellen Aufschwungs war sie 1933 bereits wieder leicht zurückgegangen. Doch hatte die Krise schon Auswirkungen auf das Wahlverhalten gezeigt. Zwar erhielten SPD, Zentrum und DDP zusammen in Hildesheim bei den Reichstagswahlen 1928 noch 60 % der Stimmen, und 1930 noch 55,3 %. Doch hatte in diesem Jahr auch Hitlers NSDAP 18,9 % zu verzeichnen. Das lag zwar deutlich unter dem Reichsdurchschnitt, war aber seit 1928 ein Anstieg auf das Siebenfache und machte sie zur zweitstärksten Partei nach der SPD. Bei den Reichstagswahlen im Juli 1932, auf dem Höhepunkt der Krise, erlangte die NSDAP mit enormer Propagandaanstrengung 34,2 % und verdrängte die SPD vorübergehend auf den

zweiten Platz, um bei den Novemberwahlen wieder auf 26,8 % abzusinken.

18. Nationalsozialistische Diktatur

Die Begeisterung der Hildesheimer für die NSDAP blieb also zunächst verhalten. Das änderte sich erst langsam nach dem 30. Januar 1933, dem Tag der sogenannten Machtergreifung. Die groß vorbereiteten Märzahlen brachten, obwohl alle anderen Parteien massiv behindert wurden, noch nicht den gewünschten Erfolg: die NSDAP wurde zwar bei den Reichstagswahlen am 5. März mit 37,7 % stärkste Partei und erreichte bei den Kommunalwahlen am 12. März 33,5 % der Stimmen, die SPD 25,7 %, das Zentrum 16,6 %. Aber das bedeutete, dass die Nationalsozialisten in der Stadt keine klare Mehrheit besaßen, was sie jedoch nicht daran hinderte, die Hakenkreuzfahne auf dem Rathaus zu hissen und dazu überzugehen, die politischen Gegner mundtot zu machen. Bei der ersten Sitzung der Bürgervorsteher verließ die SPD aus Protest die Sitzung. Der kommunistische Abgeordnete, der Arbeiter Anton Lamek, später einer der führenden Personen des kommunistischen Widerstandes in Hildesheim, war nicht mehr zugelassen. Bei der folgenden Sitzung wurden die Abgeordneten der SPD, des Zentrums und der DVP, von Heinrich Schmidt, NSDAP-Magistratsmitglied und gewählter Wortführer des Bürgervorsteherkollegiums, mit sofortiger Wirkung beurlaubt. Am 10. April waren sie wieder dabei, doch Schmidt beurlaubte die Sozialdemokraten erneut, da eine Zusammenarbeit nicht möglich sei. Bei der nächsten Sitzung am 19. April, die schon nicht mehr alle SPD-Abgeordneten erreichen konnten, gab es Streit wegen einer geplanten Änderung des Ortsstatuts, das unter dem Druck einer von der NSDAP vor dem Rathaus zusammengerufenen Kundgebung verabschiedet wurde. Am 5. Mai hieß es für die SPD „Nicht erschienen“, was der NSDAP zugute kam. Gemäß des neuen Ortsstatuts wurde das Bürgervorsteherkollegium aufgelöst und stattdessen ein achtköpfiger Hauptausschuss gebil-



Abb. 7: Die Propaganda der Nationalsozialisten zeigte auch in Hildesheim Wirkung. Die Bürger umjubelten den Diktator auf seiner Fahrt zum Erntedankfest auf dem Bückeberg bei Hameln: hier im Kurzen Hagen 1934 (Quelle: Stadtarchiv Hildesheim, Best. 951 Nr. 7948).

det, der entsprechend der Parteizugehörigkeit der anwesenden 29 Ratsmitglieder besetzt wurde: fünf NSDAP Mitglieder, zwei vom Zentrum, einer von der Nationalen Arbeitsgemeinschaft. Damit hatte die NSDAP auf Umwegen gegen den Wählerwillen die absolute Mehrheit erlangt. Als 1934 die neue preußische Gemeindeordnung in Kraft trat, wurden Kollegium und Hauptausschuss durch 24 Gemeinderäte ersetzt, berufen von Beauftragten der NSDAP, zur Beratung des Oberbürgermeisters, der nun alleinverantwortlicher Leiter der Gemeinde war. Ernst Ehrlicher war Mitglied in einigen NS-Organisationen, aber nicht in der NSDAP. Die Gemeinderäte wurden später durch nationalsozialistische Kommissare, vom Regierungspräsidenten bestellt, ersetzt. Infolge Verbotes und Selbstauflösung aller demokratischen Parteien, der Ersetzung der Gewerkschaften durch die Deutsche Arbeitsfront und der Verhaftung der Funktionäre, gab es nach wenigen Monaten im Stadtparlament wie im Reich keine Opposition mehr. Landtags-, Provinzial- oder Kommunalwahlen fanden nicht mehr statt.

Zentrumsabgeordneter im Reichstag für Hildesheim war 1933 Wilhelm Offenstein, Generalvikar des Bistums. Er stimmte am 23. März 1933 gemeinsam mit seiner Fraktion dem von Hitler eingeforderten sogenannten „Ermächtigungsgesetz“ zu. Der Hildesheimer SPD-Abgeordnete Heinrich Richter, Redakteur des Volksblattes und in den zwanziger Jahren Vorsitzender der SPD und Bürgervorsteher in Hildesheim, stimmte wie seine gesamte Fraktion dagegen. Später ließ Offenstein jedoch keinen Zweifel daran, dass er wie sein Bischof Josef Godehard Machens, der sich bemühte die Rechte der Kirche gegen den Staat zu verteidigen, ein dezidierter Gegner des Nationalsozialismus war. Heinrich Richter erlitt Verfolgung und kam als „politisch Unzuverlässiger“ 1944 in Schutzhaft: zunächst in das Gestapogefängnis Ahlem bei Hannover, dann in das Konzentrationslager Neuengamme, das er überlebte.

Noch bevor am 2. Mai das Gewerk-

schaftshaus von SA und Stahlhelm besetzt wurde, war es schon im März zum ersten Mal gestürmt worden, am gleichen Tag wie das Volksblatt-Gebäude, das wenig später vom „Hildesheimer Beobachter“, dem NSDAP-Blatt übernommen wurde. Es erschien von nun an in immer größerer Auflage und beeinflusste die Hildesheimer mit wachsendem Erfolg. Reichstagswahlen, bei denen nur die NSDAP kandidierte und der Wähler nur Ja oder Ungültig stimmen konnte, sowie Volksabstimmungen gab es aus Propagandagründen bis 1939: zum ersten Mal am 12. November 1933. Die Hildesheimer Ergebnisse zeigten eine breite Zustimmung zum Nationalsozialismus, lagen insgesamt aber noch unter dem Reichsdurchschnitt, der erst bei der Reichstagswahl am 29. März 1936 fast erreicht wurde. Bei der zusammengelegten Abstimmung zur Reichstagswahl und zum Anschluss Österreichs am 10. April 1938 hat Hildesheim dann 99,14 % Ja-Stimmen zu verzeichnen. Die Stadt war der nationalsozialistischen Propaganda und Unterdrückung erlegen und pflegte den Führerkult. Wenn Hitler durch die Stadt fuhr, auf seinem Weg zum Erntedankfest auf dem Bückeberg bei Hameln, erklang wie in allen deutschen Städten frenetischer Jubel. Sozialdemokraten und Kommunisten arbeiteten zusammen noch einige Zeit im Untergrund im organisierten Widerstand weiter, doch die Verhaftung von über 60 Hildesheimern und ihre Verurteilung zu teils mehrjährigen Haftstrafen setzte auch dem ein Ende.

Bei Beginn der nationalsozialistischen Diktatur gehörten zur jüdischen Gemeinde Hildesheims 515 Personen, 1936 noch knapp 400, denen das Schicksal der meisten Juden Deutschlands nicht erspart blieb. Ihre Rechte wurden sukzessive eingeschränkt, ihre Bewegungsfreiheit vermindert. Boykott und „Arisierung“ ihrer Geschäfte verdrängten sie aus dem Wirtschaftsleben, während die Bevölkerung wie überall wegsah. Das reichsweite Pogrom in der Nacht vom 9. auf den 10. November 1938 zerstörte die Synagoge. Die jüdischen Mitbürger wurden in dieser Nacht von Polizei und SS aus ihren Betten geholt, durch die

Straßen getrieben und vom Hindenburgplatz aus in langem Marsch an der brennenden Synagoge vorbei zum Gefängnis am Godehardiplatz geführt. Die Fenster jüdischer Geschäfte wurden eingeschlagen, die Läden am folgenden Tag geplündert. Dies war der Auftakt zu Schlimmerem. In den folgenden Wochen und Monaten wurden die Juden gezwungen, ihre Wohnungen zu verlassen und in „Judenhäusern“ in der Stadt zusammengedrängt. Das Ende war die Deportation nach Osten, in Güter- und Viehwaggons. Die meisten Hildesheimer Juden sind vermutlich in einem Sammeltransport am 31. März 1942 über Hannover nach Trawniki bei Lublin deportiert worden; am 23. Juli 1942 brachte ein weiterer Transport 51 ältere Juden nach Theresienstadt. In Hildesheim verblieben zunächst nur die Juden, die in einer „Mischehe“ lebten und Kinder hatten, doch auch sie sind vermutlich im Februar 1945 nach Theresienstadt gebracht worden. Für insgesamt 101 jüdische Mitbürger in Hildesheim ist nachweisbar, dass sie durch den Nationalsozialismus zu Tode gekommen sind.

19. Der Zweite Weltkrieg

Der Zweite Weltkrieg warf früh seine Schatten auch auf Hildesheim. Es wurden Kasernen gebaut, und zum Teil hatten die Betriebe bald nach 1933 auf Rüstungsproduktion umgestellt. 1934 entstand ein Werk des Rüstungsbetriebs VDM (Vereinigte Deutsche Metallwerke) in der Stadt, 1939 folgten als Zweigwerk der Robert Bosch AG die ELFI-Werke (Elektro- und Feinmechanische Industrie) im Hildesheimer Wald, die Anlasser für Militärfahrzeuge herstellten. Später wurden sie in Trillike-Werke umbenannt und bildeten die Basis für das heutige Bosch/Blaupunkt - Werk im Hildesheimer Wald. Sie waren bald mit 5000 Beschäftigten, davon 50 % Zwangsarbeiter, das zweitgrößte Rüstungsunternehmen in Hildesheim. Auch die meisten anderen Betriebe beschäftigten während des Krieges Zwangsarbeiter.

In den ersten Kriegsjahren war Hildesheim kaum das Ziel alliierter Angriffe;

nur vereinzelt wurden 1944 Industrieanlagen bombardiert. Der erste große Angriff erfolgte am 22. Februar 1945 auf die Gleisanlagen, brachte aber ebenso Zerstörungen in der Neustadt, die an die 360 Tote zu beklagen hatte. Seitdem war Hildesheim immer wieder das Ziel von Bombenangriffen, dessen größter am 22. März 1945 von einer britisch-kanadischen Bomberstaffel um die Mittagszeit geflogen wurde. Er brachte mehr als 1000 Menschen den Tod und vernichtete nahezu die gesamte Hildesheimer Altstadt. Rathaus, Kirchen und Fachwerkhäuser, darunter das Knochenhauer-Amtshaus, wurden ein Raub der Flammen. Den Plan, das „schönste Fachwerkhäuser der Welt“ abzubauen und wie andere bewegliche Kulturgüter der Stadt in den Salzstollen bei Bad Salzdetfurth bis zum Ende des Krieges in Sicherheit zu bringen, hatte man nicht verwirklicht.

Nicht genug damit, dass der Krieg Menschenleben forderte, wütete bis zu seinem Ende die Gestapo in der Stadt. Sie nahm die Plünderungen, die vor allem in dem Chaos nach dem 22. März zum Problem geworden waren, zum Anlass für eine Serie von Massenhinrichtungen, für die Plünderungen keine hinreichende Erklärung sind. Vielmehr hatte sich die Gestapo-Dienststelle Hildesheim seit ihrem Bestehen 1935 als ein Hort der Gewalt gezeigt. Bis zum 6. April 1945 wurden auf dem in Trümmern liegenden Marktplatz wohl nicht zufällig an einem vor dem zerstörten Knochenhauer-Amtshaus aufgestellten Galgen vermeintliche Plünderer – zum großen Teil Fremdarbeiter, aber auch Deutsche – vor den Augen einer zur Reaktion längst unfähigen Menge gehängt. Daneben gab es zusätzliche Exekutionen im Polizeiersatzgefängnis der Gestapo auf dem Zentralfriedhof. Insgesamt 209 Menschen fielen dieser Vergeltungsaktion in den letzten Kriegstagen zum Opfer. Am 7. April wurde der Spuk beendet, als zur Befreiung Hildesheims vom Nationalsozialismus amerikanische Truppen die Stadt erreichten. Sie betraten ein Trümmerfeld, aus dem wenige Ruinen als letzte Erinnerung einstiger Bedeutung hervorragten und die Stadt an eine schwere Aufgabe mahnten: den Wiederaufbau.

Quellen und Literatur

- Alt-Hildesheim. Jahrbuch für Stadt und Stift Hildesheim, hg. vom Stadtarchiv Hildesheim, 1919 ff., ab 1992 unter dem Titel „Hildesheimer Jahrbuch“.
- Arndt, K. (1979): Tagebuch eines Aufstandes. Der Kapp-Putsch in Hildesheim. - In: Alt-Hildesheim 50, S. 65 – 78.
- Aufgebauer, P. (1984): Die Geschichte der Juden in der Stadt Hildesheim im Mittelalter und in der Frühen Neuzeit. (= Schriftenreihe des Stadtarchivs und der Stadtbibliothek Hildesheim 2).
- Borck, H.-G. (1988): Bürgerschaft und Stadtregierung in Hildesheim von den Anfängen bis 1851. - In: Alt-Hildesheim 59, S. 3 – 32.
- Borck, H.-G. (Hg., 1986): Quellen zur Geschichte der Stadt Hildesheim im Mittelalter - Hildesheim.
- Deutscher Gewerkschaftsbund Kreis Hildesheim (Hg., 1995): Geschichte der Hildesheimer Arbeiterbewegung - Hildesheim.
- Gebauer, J. (1922/1924): Geschichte der Stadt Hildesheim, 2 Bde. - Hildesheim und Leipzig (Nachdrucke Hildesheim 1976/77 und 1994/97).
- Keck, R. W. (Hg., 1998): Gesammelte Welten. Das Erbe der Brüder Roemer und die Museumskultur in Hildesheim (1844 – 1994) - Hildesheim.
- Knott, A. J.: Das Wahlverhalten der Hildesheimer in der Zeit von Bismarck bis Hitler 1867 – 1933. - (=Schriftenreihe des Stadtarchivs und der Stadtbibliothek Hildesheim 12).
- Mainzer, H.: Hildesheims Handel im Mittelalter. - In: Alt-Hildesheim 58, S. 21 – 32.
- Raffert, J. (1999): M.d.R. Im Reichstag für und aus Hildesheim. Von 1867 bis 1933: 22 Männer und eine Frau - Hildesheim.
- Riekenberg, M. (1982): Die Novemberrevolution in der Stadt Hildesheim. Eine lokalhistorische Studie. - (=Schriftenreihe des Stadtarchivs und der Stadtbibliothek Hildesheim 10).
- Roloff, M. (1997): Nur der Plünderer muß sterben? Die Massenhinrichtungen der Hildesheimer Gestapo in der Endphase des Zweiten Weltkriegs. - In: Hildesheimer Jahrbuch 69, S. 183 – 220.
- Reyer, H. (1999): Kleine Geschichte der Stadt Hildesheim - Hildesheim.
- Thimm, B. (1999): Spuren des Nationalsozialismus in Hildesheim. - (=Quellen und Dokumentationen zur Stadtgeschichte Hildesheims 9).

Anmerkungen

- ¹ Hagen = Befestigungen aus Dornenhecken
- ² Das Interdikt, vom Papst oder von einem Bischof verhängt, verbietet alle gottesdienstlichen Handlungen in der Stadt.
- ³ Immunität = Ausnahmestellung innerhalb eines Rechtsbezirks
- ⁴ Meinheit = die nicht in Zünften organisierten Bürger
- ⁵ Rezess = Vertrag
- ⁶ luttern = läutern, überprüfen
- ⁷ Mitbewohner